



Protokoll

36. und 37. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 10. Juli 2017, 18:00 Uhr bis 21:08 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 86/2017 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016
- 4 Weisung 85/2017 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2016
- 5 Weisung 90/2017 des Stadtrates: Jahresrechnung 2016
- 6 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Balthasar Thalmann, Präsident Matthias Bickel, 1. Vizepräsident (TOP 4.2)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	34 Ratsmitglieder, ab 18:59 Uhr 35 Ratsmitglieder und ab 20:15 Uhr 34 Mitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau ab TOP 3 Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Daniel Stein, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Thomas Pedrazzoli, Präsident (TOP 1 bis TOP 3)
Ausstand	Rolf Denzler (TOP 3)
Entschuldigt	Kathrin Agosti bis 18:59 Uhr Wolfgang Harder ab 20:15 Uhr Thomas Wüthrich, Stimmzähler Stadtrat Thomas Kübler bis TOP 2
Presse	Malte Aeberli, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne, insbesondere Bewerberinnen und Bewerber für das Bürgerrecht

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 17, ab 18:59 Uhr 18, ab 20:15 Uhr 17).

Änderung Tagesordnung und Ersatzwahl einer Stimmzählerin ad hoc

Es wird keine Änderung der Tagesordnung verlangt, aber Stimmzähler Thomas Wüthrich (Grüne) kann heute nicht teilnehmen. Darum ist für die heutige Ratssitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Der Präsident schlägt Meret Schneider (Grüne) vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.
Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

Persönliche Erklärungen

Karin **Niedermann** (SP) verliest folgende Erklärung: *Am 30. Juni 2016 hat eine Begehung und ein Augenschein stattgefunden, und zwar mit Vertretern der SBB, der Stadt sowie den drei privaten Einwanderinnen und Einwanderern den Abbau der Veloparkplätze am Bahnhof Uster Ost. Die Stadt hat bei dieser Gelegenheit neue Lösungsvorschläge aus dem Hut gezaubert: 4 Kiss and byebye Parkplätze sollen für Roller zur Verfügung stehen, die Veloleichen entsorgt und ein Veloparkplatz-Management eingeführt werden, um die wegfallenden 100 Veloplätze zu kompensieren. Danke für diese Vorschläge, Stadtrat Thomas Kübler und Team, das freut mich wirklich sehr, bisher habe ich nämlich vor allem viel Widerstand gegen weitere Ideen wahrgenommen. Ich bin also positiv überrascht...aber auch erstaunt, dass jetzt offenbar doch noch andere Lösungen als in der Antwort auf meine Anfrage möglich sind. Auf den zweiten Blick stelle ich mir aber Fragen: Wie wirkungsvoll und nachhaltig sind die Vorschläge betreffend ‚Anzahl Veloparkplätze‘ wirklich? Oder sollen wir Einwanderinnen und Einwanderer sowie Motionäre einfach rasch und billig zufriedengestellt werden? Vier Parkplätze aufheben, kann jetzt doch verkraftet werden. Warum nicht noch mehr und auch für Velos? Uster schafft doch daran, eine Velostadt zu sein... und das Veloparkplatz-Management ist auch ohne Parkplatzreduktion sinnvoll... Warum nicht ab sofort, um Erfahrungen zu sammeln – auch mit den Personen von ALSO, die den Job - wahrscheinlich kein Traumjob- machen sollen? Ich werde Einwendung und Motion aufrechterhalten, und der Stadtrat darf sich schon heute auf die Überweisung freuen. Ich möchte nämlich schon gern wissen, ob der Stadtrat noch weitere Ideen in petto hat, um das Problem substantieller zu lösen; und ich hätte auch gern eine seriöse Schätzung der Kosten für die 1m-Verschiebung der Veloständer, notabene würden die SBB nämlich jetzt, d. h. im Rahmen des Umbau 120'000 Franken mitfinanzieren.*

Markus **Wanner** (SP) verliest folgende Erklärung: *Der Vereinstag 2017 war ein voller Erfolg. Ich stand an unserem Parteistand, blickte von der Gerichtsstrasse Richtung Poststrasse und dachte, so sollte es immer sein: viele Leute, Gemütlichkeit, Begegnungsort, lebhaftes Zentrum. Ich habe an diesem Samstag mit mehreren Parlamentariern gesprochen, alle waren begeistert. Selbst von Mitte-Rechts kam die Bemerkung, dass ein solches Zentrum unser Ziel sein sollte. Das hat mich in meinen Überlegungen bestärkt, vor allem auch, weil sogar der Busbetrieb nicht namhaft gestört wurde. Sollen wir nun warten, bis die Ortsplanung 2035 fertig ist, bevor man neue Fragen und neue Ideen zu einem lebhaften Stadtzentrum mit einem attraktiven Begegnungsort einbringen kann? Wir finden nein, wir werden nach den Sommerferien einen Vorstoss einreichen.*

Silvio **Foiera** (EDU) verliest folgende Erklärung: *Seit gut einem Monat ist die neue Website der Stadt Uster nun online. Konnte man sich bereits vorher auf der Website gut zurechtfinden, so wurde der Aufbau der Webpräsenz nochmals hinterfragt, um den Nutzern entsprechend ein einfaches Auffinden der Inhalte entsprechend ihrem Anwendungsfall zu bieten. Die Website wirkt optisch frisch und modern ansprechend. Das war's dann jedoch auch bereits mit der Lobhudelei. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass unter der aufgehübschten Fassade Technik steckt, die gut eine Dekade alt ist. Fürs Internet nahezu Äonen. Dem sogenannten „Responsive Webdesign“ - ein Begriff, der 2010 etabliert wurde und seit gut 2014 Standard bei Website Redesigns ist, wurde keinerlei Rechnung getragen. Man könnte nun erwidern, dass dies bei einer komplexen Site dieser Grösse nicht trivial sei, hätten nicht die zwei nächstgrösseren Städte Zürich und Winterthur genau dies implementiert. Aber auch kleinere Nachbargemeinden wie Volketswil, Wetzikon, Rüti haben genau dies umgesetzt. Um hier eine Analogie zur Hauptsammelstelle zu geben, es scheint als hätte Uster für eine Gesamtsanierung bezahlt, aber die Pinselrenovation bekommen. Nun stellt sich die Frage: Waren die Verantwortlichen, unfähig ein zeitgemässes Pflichtenheft zu erstellen oder ist der gewählte Dienstleister technisch nicht mehr in der Lage eine moderne Lösung zu liefern? Wie auch immer, das Resultat ist unbefriedigend. Eines ist sicher, ein „Label“ Digitalstadt, wird Uster so käumlich erhalten.*

1 Mitteilungen

Der Ratspräsident gratuliert Ivo Koller (BDP) zur Ersatzwahl in den Kantonsrat für den Rest der Amtsdauer 2015-2019; er wird im August 2017 anstelle des zurückgetretenen Bruno Fenner (BDP, Dübendorf) nachrücken. Monika Füllemann, Parlamentsdienst, überreicht einen Blumenstrauss. (Applaus)

Der Ratspräsident begrüsst Stadtschreiber Daniel Stein, der heute zum ersten Mal an einer Sitzung des Gemeinderats teilnimmt (vergleiche Seite 866). Er hat seine Amtstätigkeit am 1. Juni 2017 aufgenommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und wünschen Ihnen viel Erfolg und Befriedigung in Ihrer neuen Rolle und bei der Arbeit für unsere Stadt Uster.

An der letzten Ratssitzung wurde der Ratspräsident indirekt aufgefordert, den Ordnungsruf gemäss Art. 31 GeschO GR anzuwenden (vergleiche Seite 925). Der Ratspräsident hat nach der Ratssitzung mit Stadtpräsident Werner Egli und Gemeinderat Patricio Frei (Grüne) darüber ein Gespräch geführt. Die Sache konnte geklärt werden. Der Zweck des Ordnungsrufs besteht darin, dass der Ratspräsident das Wort entziehen kann, wenn sich ein Ratsmitglied beleidigend gegenüber einem Behördenmitglied äussert. Damit stellt sich die Frage, was eine Beleidigung und wer gemeint ist. Mit Beleidigung ist eine Aussage gemeint, die eine Person in ihrer Ehre angreift. Grundsätzlich haben Politikerinnen und Politiker mehr zu ertragen als unsere Mitmenschen. Nicht darunter fällt die Kritik an einer Behörde insgesamt. Bei der Kritik an einer Behörde ist es also in erster Linie eine Frage des politischen Stils, wie man Unstimmigkeiten ausdrückt. Damit eine Aussage als beleidigend taxiert werden muss, braucht es viel. Jede Fraktion, jede Partei und jedes Ratsmitglied ist selber verantwortlich, welcher politische Stil gepflegt wird. In der Antrittsrede (vergleiche Seite 908) habe ich darauf hingewiesen, dass wir wissen, wie wir miteinander umzugehen haben. Damit wir vernünftig miteinander umgehen können, ist auch eine entsprechende Wortwahl zu treffen. Das macht es letztlich einfacher und bringt Uster wohl weiter. Mit diesen Ausführungen ist diese Angelegenheit erledigt.

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats hat mit Zirkularbeschluss vom 3. Juli 2017 auf erneuten Antrag des Stadtrats die Frist für Bericht und Antrag zum Postulat 522/2015 (statt Motion, Umwandlung) von Balthasar Thalmann (SP) und Meret Schneider (Grüne), Städtische Kulturstiftung Kulturzentrum Uster, bis 30. September 2017 verlängert (vergleiche Seite 746).

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats hat mit Zirkularbeschluss vom 3. Juli 2017 auf Antrag des Stadtrats die Frist für die Antwort zur Anfrage 600/2017 von Daniel Pellegrini (FDP), „Blockflötenunterricht – quo vadis?“, bis 31. Oktober 2017 verlängert (vergleiche Seite 941).

Die Ratsmitglieder haben die Einladung zur Feier „90 Jahre Parlament Uster“ erhalten. Das wird ein schöner und spannender Anlass. Ich freue mich auf viele Anmeldungen aus Ihren Reihen. Eingeladen ist die ganze Bevölkerung. Sagen Sie es also bitte weiter! Sie können dazu den LINK unter der Ratssitzung vom 8. September 2017 verwenden.

Die Ratsmitglieder haben heute an ihren Plätzen den „Ustermer Mehrwegbecher“ erhalten. Über die Hintergründe wird mit dem Flugblatt der Abteilung Gesundheit mit dem Titel „Schluss mit Abfallbergen!“ informiert. Besten Dank!

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderats vom 22. Mai 2017 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Weisung 86/2017 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016

Rolf Denzler (SVP) im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Deborah **Bernhard** (SVP): *Walter Meier, Claudia Wyssen und Deborah Bernhard haben sich am 10. Mai 2017 mit den Vertretern der Sekundarschule getroffen (Thomas Pedrazzoli, Alessandro Virgelli Cucinella, Nicole Curcuruto, Anja Wolf). Unsere Fragen konnten im Gespräch vollumfänglich beantwortet werden. Die Rechnung der SSU schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1,497 Mio. Franken um 0,4 Mio. Franken besser ab als erwartet. Dieses Ergebnis resultiert aus leicht höheren Steuereinnahmen sowie tieferen Abschreibungen. Die geplanten Nettoinvestitionen wurden um 1,072 Mio. Franken unterschritten, was primär auf die Unterschreitung des Budgets im Projekt Schulhaus Weidli zurückzuführen ist. Der Cash-Flow beträgt 0.988 Mio. Franken. Im Bereich Verwaltung und politische Führung ergibt sich eine geringe Abweichung von minus 18'000 Franken. Intensiv beschäftigt hat die Schulpflege der neue Berufsauftrag sowie die Sparmassnahmen des Kantons, welche die BWS betreffen. Im Bereich Unterricht wurde das Budget mit einer Abweichung von minus 17'000 Franken ebenfalls mehr als eingehalten. Anspruchsvoll bleibt die Klassenbildung, so dass weiterhin Mischklassen geführt werden müssen. Die Abweichung im Bereich Übrige Angebote – diese beträgt minus 468'000 Franken – kommt vor allem durch eine geringere Anzahl von Schülerinnen und Schülern zustande, welche das Gymnasium besuchen. Die Abweichung im Geschäftsfeld Sonderpädagogik – diese beträgt 157'000 Franken – kommt durch zusätzliche separative Sonderschulungen (2 Heimplatzierungen) sowie sonderpädagogische Massnahmen (Anfangsunterricht, Psychotherapien) zustande. Die Sonderschulquote der SSU ist nach wie vor relativ hoch (6.5 %). Der zunehmende Aufwand des schulpsychologischen Dienstes führte zu einer Stellenerhöhung um 5 %. Die Abweichung im Geschäftsfeld spur+ – diese beträgt 96'000 Franken – lässt sich auf eine tiefere Auslastung am Anfang des Jahres zurückführen. Die Angebote im Bereich Beratung und Unterstützung haben sich etabliert. Bei der BWS beträgt die Abweichung 281'000 Franken. Dieses Ergebnis lässt sich auf die Sparmassnahmen des Kantons zurückführen, welche eine Reduzierung der kantonalen Beiträge um 400'000 Franken bewirkten. Die Belegung ist deutlich tiefer als zuvor. Es wurden Sparmassnahmen eingeleitet und die Erhöhung der Gemeindebeiträge ist ebenfalls geplant. Für die Abweichung bei der KuSs von minus 47'000 Franken ist insbesondere die höhere Schülerzahl verantwortlich. Im Bereich Liegenschaften beträgt die Abweichung 41'000 Franken. Unvorhersehbare Unterhaltsarbeiten schlugen sich negativ zu Buche, da das Budget für Unterhaltsarbeiten sehr knapp bemessen wird (nicht Richtbetrag von 2 % des Gebäudeversicherungswertes). Die KBK und die RPK haben der Jahresrechnung 2016 einstimmig zugestimmt und beantragen dem Gemeinderat, die vorgelegte Rechnung zu genehmigen.*

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Thomas **Pedrazzoli**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Man ist es sich bereits gewohnt: Legt die Sekundarstufe Uster ihre Jahresrechnung vor, erlebt man keine Überraschungen – und wenn: dann nur positive. So unterbot die SSU ihren budgetierten Aufwandüberschuss im Rechnungsjahr 2016 abermals – diesmal um 0.4 Mio. Franken. Das ist erfreulich, doch gründen die Effekte auf tieferen Abschreibungen und höheren Steuereinnahmen. Letztere sind zumindest kein struktureller Verdienst der SSU.*

Auf der anderen Seite war die Kostendisziplin der Leistungsgruppen erneut hoch und half, das budgetierte Defizit im Rahmen zu halten. Der Globalkredit der Leistungsgruppen in der Höhe von gut 17 Mio. Franken wurde mit nur 250000 Franken überboten, womit man von einer sauberen Punktlandung sprechen kann! Und dies sogar bei leicht höherer Schülerzahl!

Für schlechte Überraschungen sorgte hingegen einmal mehr der Kanton: Als Resultat der Leistungsüberprüfung zwang dieser auch die SSU zu Kosteneinsparungen, diesmal bei der BWS. Bei KUSS und spur+ konnte die SSU die anfänglichen Schwierigkeiten meistern, doch fällt einmal mehr auf, dass die Sonderpädagogik ein Fass ohne Boden ist. Auch die Heimplatzierungen kosten weiterhin sehr viel Geld, worüber die Sekundarschulgemeinde jedoch keinen Einfluss nehmen kann!

In diesem Zusammenhang sei auch lobend erwähnt, wie umsichtig die SSU budgetiert - nämlich nicht auf Vorrat, um am Schluss gut dazustehen oder etwelche Überschüsse am Gemeinderat vorbei anderweitig noch auszugeben. Diese Ehrlichkeit und Transparenz schätzen wir sehr. So sind Mehrausgaben in einzelnen Geschäftsfeldern dann auch nicht ungewöhnlich, aber auch stets nachvollziehbar.

Ebenfalls nachvollziehbar ist der kontrollierte Abbau des Nettovermögens zwecks Investitionen im Verwaltungsvermögen. Dennoch erwarten wir von der SSU nach Abschluss der Investitionen wieder eine ausgeglichene Rechnung.

Die Fraktion der FDP.Die Liberalen wird den Antrag annehmen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Im Eintretensreferat möchten wir wie in den Vorjahren die Leistungen der Sekundarstufe aus rein finanzpolitischer Sicht betrachten, denn darum geht es ja schlussendlich bei der Behandlung der Rechnung.*

Das Defizit von CHF 1,5 Mio. ist etwas besser ausgefallen als budgetiert, das ist erfreulich. Doch in Prozenten des Umsatzes sind dies über 5 % (im Vergleich zur Rechnung der Stadt Uster mit 0,5 %) Seit der Steuerfuss-Senkung im Jahr 2013 schreibt die Sekundarschule Defizite. Das Nettovermögen von über CHF 10 Mio. ist innert 6 Jahren auf CHF 1,1 Mio. gesunken. In der Finanzplanung wurde zwar eine Steuerfuss-Anpassung auf 2017 erwähnt, passiert ist nichts. Auch die folgenden Jahre zeigen Investitionen und weitere Defizite. Dies wird zu einer Nettoschuld von über CHF 6 Mio. führen bis in Jahr 2020. Ein grosser Appell an die Sekundarstufe: Haben sie endlich den Mut, Gegensteuer auf der Einnahmenseite zu geben! Es ist höchste Zeit.

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen (im Ausstand 1):

- 1. Die Jahresrechnung 2016 der Sekundarstufe Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung 2016 der Sekundarstufe Uster schliesst bei einem Aufwand von CHF 27'399'427.03 und einem Ertrag von CHF 25'902'167.45 mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 1'497'259.58 ab.**
- 3. Der Aufwandsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 1'497'259.58 wird dem Eigenkapital zugewiesen. Dieses reduziert sich per Ende Rechnungsjahr von CHF 24'401'098.24 auf CHF 22'903'838.66.**
- 4. Die Investitionsrechnung schliesst mit Netto-Investitionen im Verwaltungsvermögen von CHF 4'578'090.18 ab.**
- 5. Mitteilung an die Sekundarschulpflege Uster und den Bezirksrat.**

4 Weisung 85/2017 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2016

Das Geschäft wird gemeinsam mit TOP 5, Antrag 90/2017, behandelt.

Präsident Balthasar **Thalmann**: *Zuerst sprechen Stadtrat und Rechnungsprüfungskommission, anschliessend Eintretensdebatte mit Worterteilung nach Grösse der Fraktionen und für weitere Ratsmitglieder. Danach werden die einzelnen Geschäftsfelder behandelt. Am Schluss findet je eine Abstimmung über die Weisung 85/2017 und über die Weisung 90/2017 statt.*

Der Rat ist damit einverstanden.

4.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Für den Stadtrat nimmt der Abteilungsvorsteher Finanzen, Cla **Famos**, Stellung: *Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Uster weist einen Ertragsüberschuss von 1,0 Millionen Franken aus, das ist eine sehr positive Nachricht. Der Ertragsüberschuss ist hauptsächlich auf die höheren Steuereinnahmen zurückzuführen. Auch der höhere Gewinnanteil der Zürcher Kantonalbank und die Teilauflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der BVK haben einen positiven Einfluss auf das Rechnungsergebnis. Der Ertragsüberschuss führt zusammen mit der Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens zu einem vorläufigen historischen Höchststand des Eigenkapitals von 143,8 Mio. Franken – auch das eine sehr positive Nachricht. Negativ ins Gewicht fällt die deutliche Überschreitung der budgetierten Globalkredite. Diese ist zu einem grossen Teil in der Primarschule, der Sozialhilfe und der sozialen Sicherheit angefallen.*

Deutlich höhere Globalkredite als erwartet

Die Negativabweichung sämtlicher Geschäftsfelder beträgt bei den Globalkrediten 2,9 Mio. Franken. Diese schliessen somit gesamthaft bei 108,2 Mio. Franken ab. Der vom Gemeinderat bewilligte Globalkredit über alle Geschäftsfelder betrug 105,3 Mio. Franken. Die unter der Verantwortung des Stadtrates liegenden Geschäftsfelder, respektive deren Globalkredite haben um 0,6 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Die Primarschule hat ihren Voranschlag 2016 um 2,0 Mio. Franken, das Geschäftsfeld Sozialhilfe um 1,6 Mio. Franken überschritten. Die parlamentarischen Dienste haben ihren Globalkredit eingehalten.

Hohes Investitionsvolumen

Uster befindet sich mit mehreren gleichzeitig zu realisierenden Grossprojekten (Hallenbad, Krämeracker, Dammstrasse) in einer historischen Investitionsphase. Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit 46,6 Mio. Franken sogar über dem budgetierten Wert von 44,1 Mio. Franken – übrigens schon zum zweiten Mal. Die Realisierungsquote beträgt damit 105,6 Prozent. Gemäss dem aktuellen Investitions- und Finanzplan (Voranschlag 2017) hat die Stadt Uster in den nächsten Jahren weitere grosse Investitionen vor sich. Deshalb hier mein Ceterum Censeo: Ein hohes geplantes Investitionsvolumen ist für eine prosperierende Stadt in der Grösse von Uster grundsätzlich als normal zu betrachten. Jedoch muss der Zeitpunkt der Realisierung der Investitionen geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Investitionsvorhaben realistisch und finanzpolitisch verträglich budgetiert werden. Ich komme am Schluss noch einmal auf diesen Punkt zurück.

Cash Flow deckt nur einen Teil der Investitionen

Der Cash Flow HRM (Selbstfinanzierung Steuerhaushalt) betrug 12,3 Mio. Franken (Vorjahr 5,8 Mio. Franken). Da im Steuerhaushalt netto 45,6 Mio. Franken investiert wurden und auf der anderen Seite die Neubewertung der Liegenschaften Finanzvermögen zu einer Aufwertung von 13,8 Mio. Franken führte, hat das Nettovermögen Steuerhaushalt im 2016 nur – aber immerhin – um 19,4 Mio. Franken abgenommen und beträgt neu 26,7 Mio. Franken.

Zusammenfassung 2016 und Ausblick 2017

Der Stadtrat hat die teilweise deutlichen Überschreitungen bei den Globalkrediten zur Kenntnis genommen. Im Sinne einer Sofortmassnahme hat er im Januar monatliche Hochrechnungen über den gesamten städtischen Haushalt angeordnet. Er hat sich zudem an mehreren Sitzungen intensiv mit den Budgetüberschreitungen der drei Geschäftsfelder Soziale Sicherheit, Sozialhilfe und Primarschule auseinandergesetzt. Die Budgetüberschreitungen der beiden Geschäftsfelder Soziale Sicherheit und Sozialhilfe konnten nachvollzogen werden, die des GF Primarschule hingegen nur teilweise. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, die Kostenentwicklung im Geschäftsfeld Primarschule mittels einer externen Analyse nochmals zu untersuchen. Der Stadtrat erhofft sich daraus Klarheit wie das Kostenwachstum der Jahre 2015 bis 2017 entstanden ist. Ebenfalls dazu hat der Stadtrat entschieden, dass die Finanzverantwortliche der Primarschule Uster administrativ und fachlich neu der Abteilung Finanzen unterstellt wird. Dementsprechend wird sie ihren Arbeitsplatz künftig bei der Abteilung Finanzen im Stadthaus haben und direkt dem Abteilungsleiter Finanzen rapportieren. Diese Massnahme wird per 1. August 2017 umgesetzt und ist befristet. Im Sommer 2018 wird die Situation neu beurteilt.

Der Stadtrat betrachtet die Kostenentwicklung insbesondere bei der Primarschule mit Blick auf den Gesamthaushalt mit grosser Sorge. Im Bereich der finanziellen Verantwortung, für den die Schulpflege als Exekutivorgan zuständig ist, stellen sich nach wie vor grundlegende Fragen. Der Stadtrat muss gemäss heutigen Erkenntnissen davon ausgehen, dass das Kostenwachstum auch für die nahe Zukunft in einem hohen Tempo weitergeht. Dieses Kostenwachstum belastet den Gesamthaushalt über Gebühr, führt zu einer deutlichen Verschlechterung des städtischen Finanzhaushaltes und hat insbesondere auch Auswirkungen auf das Rechnungsjahr 2017. Der Stadtrat wird deshalb dem Gemeinderat demnächst die Weisung Nachtragskredite 2017 übermitteln damit der Gemeinderat die Weisung am 24. September 2017 behandeln kann.

Aktuell geht der Stadtrat für das laufende Geschäftsjahr 2017 von einem Aufwandüberschuss aus. Dieser ist hauptsächlich auf die voraussichtlichen Budgetüberschreitungen bei der Primarschule, der sozialen Sicherheit und der Sozialhilfe zurückzuführen. Daneben spielen auch die höheren Abschreibungen als budgetiert eine wesentliche Rolle. Die Steuereinnahmen auf der anderen Seite entwickeln sich analog den budgetierten Werten.

Die langfristigen Schulden haben im Berichtsjahr um 20 Mio. Franken zugenommen. Dank dem Tiefzinsniveau konnte das Darlehen zu sehr günstigen Konditionen aufgenommen werden. Für die nächsten Jahre muss aufgrund der hohen geplanten Investitionen von einer weiter ansteigenden Verschuldung ausgegangen werden, wodurch sich das heutige Nettovermögen der Stadt Uster in eine Nettoschuld verwandeln wird. Dies wird voraussichtlich schon bald der Fall sein und muss unbedingt im Auge behalten werden.

Damit die Stadt auch in Zukunft über einen gesunden Finanzhaushalt mit einer soliden Eigenkapitalbasis und nach einer Phase einer Nettoschuld wieder über ein Nettovermögen verfügt, ist es deshalb zentral, dass die anstehenden und geplanten Investitionsvorhaben der nächsten Jahre wiederum kritisch geprüft und priorisiert werden. Die Stadt Uster hat in den letzten Jahren ihr Nettovermögen bewusst für definierte Grossprojekte eingesetzt. Die Stadt Uster hat nach wie vor einen soliden Finanzhaushalt. Weitere grosse Investitionsvorhaben werden in Zukunft aber nur mit der Generierung von zusätzlichen Mitteln oder Einsparungen an anderen Orten finanzierbar sein.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die RPK hat die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht 2016 an der Sitzung vom letzten Montag besprochen. Auch in der RPK gaben insbesondere die Budgetüberschreitungen der Geschäftsfelder Sozialhilfe und Primarschule zu reden. Gemäss den Ausführungen aus der zuständigen Sachkommission und aus dem Stadtrat konnte das deutliche Minus in der Sozialhilfe immerhin nachvollzogen und begründet werden.*

Die erhebliche Budgetüberschreitung der Primarschule warf hingegen Fragen auf, die weder durch den Geschäftsbericht noch gegenüber der Sachkommission beantwortet werden konnten. Die RPK ist über diese Entwicklung besorgt und wird daher zum Geschäftsfeld Primarschule ein separates Referat halten. Die konkreten Beanstandungen werden Ihnen dort dargelegt.

Die weiteren Geschäftsfelder gaben nur zu kleineren Diskussionen Anlass. Die Belegprüfung ergab keine nennenswerten Beanstandungen. Unklarheiten oder kleinere Unstimmigkeiten konnten direkt mit den Abteilungsleitungen besprochen und bereinigt werden. Die RPK dankt für die Erklärungen und Antworten und dafür, dass wir als Kontrollbehörde akzeptiert werden.

Ein Anliegen hat die RPK aber dann doch noch: Letztes Jahr haben wir die Bitte ausgesprochen, dass Buchungsbelege immer mit aussagekräftigen Stichworten versehen werden und bei Abrechnungen von Anlässen und Klausuren der Personenkreis bezeichnet wird. Denn gelegentlich sind Belege verwaltungsintern vielleicht völlig klar, für die RPK-Mitglieder dann aber ein Buch mit sieben Siegeln, was vermeidbare Nachfragen auslöst. Dass ich dieses Anliegen dieses Jahr nochmals erwähne, lässt darauf schliessen, dass die Verwaltung hier noch ein wenig Luft nach oben hat. Weitere Themen während der Besprechung am letzten Montag waren die Höhe des Fremdkapitals, die aktuelle Situation zur Refinanzierung der Stadt Uster sowie der Ausblick zur Entwicklung der Schuldenlast. Die Situation der Stadt Uster ist nicht rosig, aber auch nicht rot. Zur Zeit kann es daher noch immer ein politischer Entscheid bleiben, wie sich das Nettovermögen kurzfristig entwickelt. In der RPK wurde nicht über einzelne Geschäftsfelder abgestimmt. Eine Kommissionsminderheit wollte in der Schlussabstimmung aber ein Zeichen gegen den unbefriedigenden Jahresabschluss und die mangelhafte Kommunikation der Primarschule setzen. Die RPK hat der Jahresrechnung 2016 und dem NPM-Jahresbericht daher mit einer Gegenstimme zugestimmt. Und zum Schluss möchte ich im Namen der RPK allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Uster für ihre Arbeit im Jahr 2016 danken. Speziell erwähnen möchte ich heute Konrad Meyer, Abteilung Finanzen, der die Belegprüfung für die RPK jedes Jahr pfannenfertig vorbereitet. Er ist auch einer der Hauptverantwortlichen, dass die Stadt Uster in der technischen Prüfung der Jahresrechnung ein tadelloses Ergebnis erzielte.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): Die SVP/EDU-Fraktion nimmt gerne zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung 2016 der Stadt Uster anstelle des budgetierten Aufwandüberschusses einen kleinen Ertrag aufweist.

Die Jahresrechnung schliesst zwar mit einem positiven Ergebnis ab, dieses scheint aber eher zufällig zustande gekommen sein. Denn während sich die meisten Bereiche offensichtlich erfolgreich um die Einhaltung ihres vom Gemeinderat bewilligten Budgets bemühten, fallen zwei negative Ausreisser deutlich auf. Dabei insbesondere nennenswert ist das hohe Minus der Primarschule, das unserer Fraktion Sorge bereitet.

Das Minus im Geschäftsfeld Sozialhilfe ist zwar ebenfalls unschön. Aber immerhin wurde es nachvollziehbar aufgezeigt und begründet. Und wer eine Ursache kennt, kann für die Zukunft Massnahmen ergreifen.

Bei der Primarschule wissen wir auch ein halbes Jahr nach dem Jahresabschluss noch nicht so genau, was da wirklich passierte.

Zuerst wurde die sich anbahnende Budgetüberschreitung dem Gemeinderat in keiner Art und Weise kommuniziert. Auch die Rechnungsprüfungskommission wurde nicht informiert und offenbar wussten selbst die Mitglieder der Primarschulpflege nicht über das Ausmass Bescheid.

Und wer zuerst schweigt, muss sich danach nicht wundern, wenn umso mehr über ihn gesprochen wird.

Wer im Herbst bemerkt, dass die Finanzen im eigenen Geschäftsfeld aus dem Ruder laufen und dennoch kein Wort sagt, provoziert entsprechend heftige Reaktionen, wenn es dann auskommt. Wir sind erschrocken über die Höhe der Budgetüberschreitung und verärgert über die Art und Weise, wie sie entstanden ist. Sofern diese Art und Weise überhaupt erkennbar ist. Oder weiss jemand hier im Saal so wirklich, was die Ursachen für dieses Minus sind?

Entsprechend hatten wir viele Fragen: Davon blieb einiges auch nach der Besprechung der Jahresrechnung im politischen Prozess noch immer unbeantwortet. Die Frist war zwar knapp, aber wenn die Anfrage 599/2017 noch vor der heutigen Sitzung beantwortet worden wäre, hätte es vielleicht noch etwas Licht ins Dunkel gegeben.

So ärgern wir uns über ein Defizit, dessen Ursprung nebulös bleibt und daher noch beunruhigender ist. Das lässt auch für den Blick in die Zukunft nichts Gutes erahnen. Denn jetzt kommt's: Offenbar hat die Führung der Primarschule nichts aus dem Defizit und dem Echo aus der Politik gelernt. Denn laut den Zeitungsartikeln folgt demnächst ein Nachtragskredit für 2017. Was da auf uns zukommt, nimmt uns schon wunder. Wir ersuchen die Präsidentin der Primarschulpflege, uns abschliessend den ungefähren Rahmen bekannt zu geben.

Denn eigentlich hat der Gemeinderat mit den Budgets 2016 und 2017 finanzielle Limiten gesetzt. Nun wird uns das unguete Gefühl aufgezwungen, dass diese Verbindlichkeit einfach ignoriert wird. Wir empfinden dieses Verhalten nicht nur uns gegenüber als Affront, sondern auch gegenüber den anderen Geschäftsfeldern, die sich um die Einhaltung des Budgets bemühen und auch mal den Gürtel enger schnallen.

Jetzt müssen Massnahmen ergriffen werden. Aber was sage ich „jetzt“? „Gestern“ hätten die Massnahmen bereits ergriffen werden müssen. Die Anordnungen des Stadtrats sind ein erster Schritt, die uns und der Bevölkerung zu denken geben müssen. Doch den Hauptteil muss die Führung der Primarschule von sich aus tragen. Die Erkenntnis, dass es so nicht weiter geht, muss von innen aus eigener Überzeugung kommen. Wir verlangen eine Zusicherung, dass diese Erkenntnis und der Wille zur Veränderung vorhanden sind. In der Pflicht steht die ganze Primarschulpflege, 13 Personen aus allen Parteien.

Wir werden unseren Bedenken in einem separaten Referat später heute Abend nochmals Ausdruck verleihen und einige Detailpunkte hervorheben. Und falls verfahrenstechnisch notwendig, stellen wir bereits jetzt den Antrag, über das Geschäftsfeld Primarschule separat abzustimmen.

Die SVP/EDU-Fraktion wird den Jahresbericht des Geschäftsfelds Primarschule ablehnen.

Wahrscheinlich wird man uns jetzt einfach politisch motiviertes Primarschul-„Bashing“ vorwerfen, weil die Präsidentin der Primarschule Mitglied der SP ist. Aber weil sich die Verantwortlichen der Primarschule selber keinen Wecker gestellt haben, müssen sie nun halt durch die Politik unsanft wacherüttelt werden. Damit meinen wir die ganze Primarschulpflege.

Zum Abschluss spanne ich den Bogen zurück zum Gesamthaushalt: Bei den Steuereinnahmen fällt weiterhin auf, dass der Anteil der Unternehmenssteuern stets unter 10 % liegt. So schön Uster als Wohnstadt auch ist, Stadtrat und Gemeinderat müssen dafür sorgen, dass Uster auch als Unternehmensstandort attraktiv ist.

Dafür geben wir viel Geld aus. Dass die Finanzierung in eine günstige Zinsphase fällt, kommt uns zu gute. Wir haben weiterhin Vertrauen in den Stadtrat, dass er den Haushalt, den er verantwortet, die Investitionen und die Refinanzierung im Griff hat.

Die SVP/EDU-Fraktion empfiehlt grundsätzlich, den Anträgen zum Jahresabschluss 2016 zuzustimmen. Um aber auch am Schluss ein Zeichen zum Abschluss der Primarschule zu setzen, werden sich die Mitglieder der KBK aus unserer Fraktion bei der Schlussabstimmung zur Jahresrechnung enthalten.

Präsident Balthasar **Thalmann** zur SVP/EDU-Fraktion: *Ist dieser Antrag für eine separate Abstimmung über das Geschäftsfeld Primarschule erst angekündigt oder bereits gestellt worden?*

Markus **Ehrensperger** (SVP): *Der Antrag ist gestellt worden.*

Präsident Balthasar **Thalmann**: *Dann stimmen wir am Schluss der Eintretensdebatte über diesen Antrag ab.*

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Die SP-Fraktion nimmt das Rechnungsergebnis mit gemischten Gefühlen entgegen. Auf den ersten Blick kommt die Rechnung 2016 der Stadt Uster erfreulich daher und schliesst CHF 2,3 Mio. besser ab als budgetiert. Positiv zu bewerten ist z. B. die hohe Budgetdisziplin der Verwaltung. Auf den zweiten Blick macht der Abschluss aber deutlich weniger Freude, kommt doch dieses Resultat nur dank höheren Steuereinnahmen, einer erhöhten Ausschüttung der Zürcher Kantonalbank (ZKB) an die Gemeinden sowie tieferen Abschreibungen und der Neubewertung der BVK-Rückstellung zustande. Diese Faktoren haben das Ergebnis um CHF 5 Mio. verbessert.*

Erwartungsgemäss nicht zum erhofften Ergebnis geführt hat das unausgewogene Sparprogramm des Stadtrates mit einer Budget-Plafonierung um 2 % für 2016. Es war seitens des Stadtrates naiv zu glauben, dass er in den Bereichen Sozialhilfe und Primarschule einfach linear kürzen könne. Das hat keine andere Gemeinde im Kanton Zürich geschafft. Diese Budgetpositionen sind stark von exogenen Faktoren abhängig. Die Bildungskosten werden grösstenteils vom Kanton fremdbestimmt und die Sozialhilfe ist von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Einwohnerinnen und Einwohner abhängig. Die SP hat diese Art der Budgetplanung stets kritisiert und erachtet das Rechnungsergebnis als Beleg dafür, dass sie mit dieser Kritik richtigliegt.

Erfreut nimmt die SP Uster zur Kenntnis, dass die Stadt Uster vergangenes Jahr endlich wieder investiert hat. Dies war dringend nötig und muss so fortgesetzt werden: Auch in den kommenden Jahren muss in die Infrastruktur und die Angebote einer wachsenden Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität investiert werden. Kürzungen bei Investitionen, etwa bei der Bildung, der Kultur, dem Langsamverkehr oder dem Sport sind nicht angebracht.

Die Herausforderungen liegen für die Stadt Uster aktuell nicht so sehr bei der Laufenden Rechnung. Diese ist gesund und muss nicht durch weitere Sparprogramme oder Budgetvorgaben verbessert werden. Die Herausforderungen liegen klar bei der Finanzierung der anstehenden und für die Stadt Uster wichtigen Investitionen, die gegebenenfalls auch durch eine Erhöhung der Einnahmen sicherzustellen sind. Hier ist der Stadtrat gefordert, seine Finanzplanung dringend zu überprüfen, denn seine fünf selbstauferlegten finanzpolitischen Ziele hat er für die Rechnung 2016 eindeutig nicht erreicht.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räubtlin** (Grünliberale): *Die Jahresrechnung der Stadt Uster schliesst 2016 mit einem Ertragsüberschuss von einer Million Franken deutlich besser ab als budgetiert. Insgesamt können wir aber trotz dem um 2.3 Mio. Franken besseren Ergebnis nur von einem knapp genügenden Rechnungsabschluss 2016 sprechen. Denn der bessere Abschluss ist in erster Linie deutlich höheren Steuereinnahmen, einer höheren Gewinnausschüttung der ZKB sowie der Teilauflösung der BVK-Rückstellungen zu verdanken.*

Positiv zu vermerken ist, dass die Abteilungen mehrheitlich eine sehr gute Budgetdisziplin zeigten, und die strenge stadträtliche Vorgabe, die Globalbudgets für das Jahr 2016 auf dem Stand von 2014 einzufrieren, erfüllen konnten. Einige Geschäftsfelder haben wohl tatsächlich noch Luft in ihren Budgets, so dass diese Vorgaben problemlos erfüllt werden konnten. In anderen Geschäftsfeldern wurden diese Vorgaben wohl nur damit eingehalten, indem Anschaffungen auf später verschoben wurden. Aber aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben, so dass diese Taktik in einigen Jahren wieder zu steigenden Kosten führen wird.

Massive Budgetüberschreitungen weisen die Sozialbehörde und die Primarschule auf. Von den 2 Mio. Franken Kostenüberschreitung der Primarschule sind rund Fr. 400'000 durch die (kurzfristig) vom Kanton vorgegebene Nachzahlung von Lehrerlöhnen entstanden. Das Bevölkerungswachstum trug mit etwa Fr. 800'000 zu einem weiteren, grossen Teil der Kostenüberschreitung bei; es handelt sich dabei weitgehend um gebunden Personalkosten. Der Kanton steuert den Einsatz des Schulpersonals durch strenge Vorgaben der VZE (Vollzeiteinheiten) aufgrund der Schülerzahlen. Die Vorgabe des Stadtrates an die Primarschulpflege, das Budget einzufrieren, war schon rein vom Bevölkerungswachstum her niemals realistisch einzuhalten. Die Präsidentin der PSU kann sich im Stadtrat offenbar nicht genügend Gehör verschaffen und die Anliegen der PSU zu wenig einbringen. Anderenfalls hätte sie das Budget höher ansetzen können. Unserer Fraktion scheint es, als ob sie als Präsidentin der PSU ihrem Auftrag nicht gerecht zu werden vermag. Unser Vertrauen in die Leitung der Schulpflege ist stark beeinträchtigt und wir haben wenig Hoffnung auf Besserung noch innerhalb der laufenden Legislatur.

Die Investitionsrechnung zeigt ein sehr hohes Volumen von rund 43 Mio. Mit dem Hallenbad, dem Schulhaus Krämeracker und der Sanierung Liegenschaft Dammstrasse standen drei Grossprojekte gleichzeitig im Bau. Und weitere grössere Projekte stehen noch an. 2016 wurden insgesamt 86 % des Investitionsbudgets ausgeschöpft. Damit konnte erstmals seit mehreren Jahren das angestrebte Ziel von mindestens 80 % problemlos erreicht werden. Mit einem Cash Flow von 12.3 Mio. Franken konnten die Investitionen allerdings lediglich zu 28 % aus der laufenden Rechnung finanziert werden.

Unsere Fraktion befremdet die Forderung unseres Finanzvorstehers, der Kanton Zürich solle die Stadt Uster in den Zentrumslastenausgleich aufnehmen. Uster habe als regionales Zentrum Lasten von anderen Gemeinden zu tragen. Als Beispiele nannte er die Sanierung des Hallenbades oder den Neubau des Schulhauses Krämeracker. Ein Schulhausbau, der einzig unserer Primar- und Sekundarschule dient, hat wohl nichts mit regional, sondern ausschliesslich mit lokal zu tun. Uster muss zwar aktuell wirklich viel Geld in die Infrastruktur investieren. Teilweise sind dies aber Investitionen, die seit langem hinausgeschoben wurden wie notwendige Strassensanierungen. Zum anderen tragen die Hallenbad-Erweiterung oder die Entwicklung des Kulturzentrums auf dem Zeughausareal massgeblich zur Attraktivitätssteigerung der Stadt Uster bei und werden teilweise auch vom Kanton oder gar Bund mitfinanziert (NASAK- und KASAK-Gelder für das Hallenbad). Eine weitergehende Forderung nach kantonalen Ausgleichsgeldern ist deshalb absurd und anmassend, von der Grösse und Bedeutung von Winterthur und Zürich ist die Stadt Uster auch noch meilenweit entfernt. Die Berichte zum Rechnungsjahr geben naturgemäss Auskunft zu den erbrachten Leistungen, den verursachten Kosten und den erzielten Einnahmen. In den Subkommissions- und Kommissionssitzungen wurden die von uns gestellten Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet. In diesem Sinne wird unsere Fraktion trotz der angebrachten Kritik zur Budgetierung der Primarschule die Anträge zur Jahresrechnung 2016 sowie zum NPM-Jahresbericht 2016 einstimmig annehmen.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: Mit einem Ertragsüberschuss von 1 Mio. Franken und damit einer Verbesserung von 2.3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag liegt unter dem Strich ein ganz passables Ergebnis vor. Besonders erfreulich sind die höheren Steuererträge, dank derer der Aufwandüberschuss bei der PSU und im Sozialbereich aufgefangen werden konnte. Die Rechnung 2016 zeugt grundsätzlich von einer guten Budgetdisziplin der Geschäftsfelder. Wir begrüssen insbesondere, dass der Sach- und der Personalaufwand über alle Geschäftsfelder gesehen stabil gehalten werden konnten. Diese Leistung würdigen wir seitens der FDP-Fraktion sehr positiv. Ausnahmen bilden die Geschäftsfelder Primarschule, Sozialhilfe und Soziale Sicherheit, bei denen es zu Überschreitungen der Globalkredite gekommen ist.

Die Mehraufwendungen im GF Sozialhilfe und im GF Soziale Sicherheit sind zwar unerfreulich, aber nachvollziehbar. Auch wurden sie im Novemberbrief angekündigt. Die Entwicklungen, die hinter den Mehraufwendungen stehen, insbesondere bei den Zusatzleistungen, der familienergänzenden Betreuung und im Flüchtlingswesen dürften unsere Stadt auch in den kommenden Jahren beschäftigen und finanziell belasten. Wir verlangen vom Stadtrat bzw. von der Sozialbehörde, dass trotz vieler exogener Einflüsse alles unternommen wird, um diesen Kostenanstieg möglichst einzudämmen. Zur Primarschule werden wir uns im Rahmen der Beratung des betreffenden Geschäftsfelds äussern.

Was die längerfristige finanzpolitische Entwicklung angeht, teilen wir die Einschätzung des Stadtrats im Bericht, dass eine Nettoverschuldung beim heutigen Zinsniveau vertretbar ist. Nur muss klar sein, dass eine solche Verschuldung vorübergehend sein muss. Dies setzt wiederum voraus, dass wir die laufenden und anstehenden Investitionen als eigentliche Investitionsphase betrachten, der eine Phase von geringerer Investitionstätigkeit folgen muss. Wenn wir die laufenden und geplanten grösseren Investitionen – ich denke auch ans Zeughausareal – umsetzen wollen, müssen wir zu dieser Konsequenz und damit zu einer rigiden Priorisierung nachfolgender Vorhaben bereit sein. Grundlage hierfür muss eine realistische langfristige Investitions- und Finanzplanung sein. Hier erwarten wir vom Stadtrat eine entsprechende Auslegeordnung, damit diese Herausforderung erfolgreich gemeistert werden kann.

Wir schliessen uns dem Antrag der SVP/EDU-Fraktion an, beim NPM-Jahresbericht separat über das GF Primarschule abzustimmen. Zu unserem Abstimmungsverhalten äussere ich mich später, je nach Ausgang der Abstimmung über diesen Ordnungsantrag.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Sparen ist nicht gleich sparen! Ein Beispiel: Luzern rühmt sich mit einem Schulhaus, das mehr Energie produziert, als es verbraucht. Zudem setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass zwischen Reuss und Pilatus das vegane Angebot erweitert wird. Und dies in einer Stadt, die seit Jahren für ihr rigides Spardiktat berüchtigt ist.*

Und in Uster? Da wird auch gespart, selbst bei der Infrastruktur und bei der Bildung! Aber auf welche nachhaltigen Leuchttürme setzen wir hier? Energieplanung? Autofreies Stadtzentrum? Veloabstellplätze? Alles Fehlanzeige: Bei uns wird sogar das jüngste Schulhaus nicht einmal die Vorgaben für Minergie erfüllen. Für uns Grüne hat die Stadt Uster bezüglich Nachhaltigkeit noch einen sehr, sehr weiten Weg vor sich.

Werden wir konkret: Die Jahresrechnung schliesst zwar mit einem Ertragsüberschuss ab, doch Freude mag nicht wirklich aufkommen. Denn allein der Wertverlust bei den Strassenverkehrsanlagen, bereits 2015 bei einer Million Franken, hat nun gar um 1,6 Millionen Franken zugenommen. Und für die kontinuierlich steigenden Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich, scheint die städtische Finanzpolitik nicht gut vorbereitet.

Im Vorfeld der heutigen Debatte gab vor allem die Überschreitung bei der Primarschule zu reden. Dazu möchten wir Grünen nur zwei Punkte anfügen:

- 1. hat die Primarschulverwaltung beim Controlling und bei der Kommunikation Luft nach oben. Wir Grünen sind zuversichtlich, dass die Verantwortlichen ihre Lehren gezogen haben und es in Zukunft in diesem Geschäftsfeld keine millionenschweren Budgetüberschreitungen aus blauem Himmel mehr geben wird.*
- 2. müssen sich wohl auch Stadtrat und Gemeinderat an der Nase nehmen: Die vorliegende Rechnung zeigt uns, dass wir im Herbst 2015 mit unseren Vorgaben offenbar falsch lagen. Bei der Bildung gibt es nun mal unzählige Vorgaben, die kaum Möglichkeiten für Sparübungen lassen. Während es in anderen Geschäftsfeldern durchaus möglich ist, Investitionen aufzuschieben und so wenigstens kurzfristig die Ausgaben zu senken, ist dies bei der Bildung nur sehr begrenzt möglich. Zumal in Uster infolge des Bevölkerungswachstums die Schülerzahlen steigen, und zwar seit Jahren. Weshalb also haben wir das Budget der Primarschulpflege im Herbst 2015 fast um eine Million gegenüber dem Vorjahr gekürzt? Haben damals vielleicht auch der Stadtrat und der Gemeinderat einen Fehler begangen? Haben wir von der Primarschule die Quadratur des Kreises verlangt? Ganz abgesehen davon, dass es eigentlich ein „No-Go“ ist, bei der Bildung zu sparen. Denn diese ist unser wertvollstes Kapital!*

Das Fazit der Grünen zu dieser Budgetüberschreitung: Die Primarschulpflege muss zeigen, dass sie dazugelernt hat – Stadtrat und Gemeinderat aber ebenfalls!

Das Positive folgt zum Schluss: Zwei Höhepunkte gilt es aus Sicht der Grünen bei dieser Jahresrechnung besonders hervorheben. Zum einen ist da das Hallenbad Uster, das 2016 fertig gestellt wurde und auf Anstoss der Grünen jetzt besonders umweltfreundlich daherkommt. Zum anderen konnte der neue Friedensrichter endlich seine Arbeit aufnehmen und erledigte im ersten Geschäftsjahr im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich viele Schlichtungsklagen.

Es zeigt sich einmal mehr: Gut Ding will Weile haben...

Kathrin Agosti nimmt ab 18:59 Uhr an der Tagung teil.

Präsident Balthasar **Thalmann**: *Die allfällige Ablehnung der Jahresrechnung ist ein Signal im Sinne einer politischen Missfallenskundgebung ohne direkte rechtliche Folgen.* (H. R. Thalmann: Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz, § 123 N 3.2, Wädenswil 2000)

Der Ordnungsantrag der SVP/EDU-Fraktion, es sei separat über das Geschäftsfeld Primarschule abzustimmen, wird mit 19:14 Stimmen angenommen.

4.2 Geschäftsbericht Gemeinderat

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert deren Präsident, Balthasar **Thalmann** (SP), darum übernimmt der 1. Vizepräsident, Matthias Bickel (FDP), den Vorsitz: *Der NPM-Jahresbericht 2016 über unser eigenes Geschäftsfeld zeigt eine Punktlandung und ist damit unspektakulär. Es handelt sich um die letzte Jahresrechnung im Rahmen der bisherigen Zuständigkeiten. Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 20. März 2017 und 22. Mai 2017 ist der Gemeinderat auch dafür abschliessend zuständig geworden. Die Geschäftsleitung zeichnet verantwortlich für Rechnung und Voranschlag, die Rechnungsprüfungskommission wird wie bisher ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen.*

4.3 Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Mary **Rauber** (EVP) in Vertretung von Thomas Wüthrich (Grüne): *Die zahlreichen Fragen der KÖS wurden ausführlich beantwortet, so dass in der Kommissionssitzung kaum mehr Diskussionsbedarf bestand. Einige Bemerkungen.*

- 1. Obwohl die Stadt grundsätzlich wohl immer noch eine gute Arbeitgeberin ist und sich im Personalbereich eine stetige Verbesserung anstrebt – Stichwort betriebliches Gesundheitsmanagement „Friendly Workspace“ – fiel die Mitarbeitenden-Zufriedenheit ungewöhnlich tief aus (LG HRM/Personaldienst, Seiten B4 und B5). Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere die für die Angestellten negativen Veränderungen in der BVK zu dieser Unzufriedenheit geführt haben. Überdies sind die letztjährigen Zahlen mit Vorsicht zu geniessen, stützen sie sich doch auf Aussagen im Rahmen der Mitarbeitenden-Gespräche. Die qualitativ bessere Personalbefragung findet dieses Jahr, 2017, statt.*
- 2. Das Verzeichnis der städtischen Informationsbestände konnte im Berichtsjahr fertiggestellt werden. Was auf 17 Seiten so unscheinbar daher kommt, hinter dem steckt eine Riesenarbeit, zählte das ursprüngliche Dokument doch über 100 Seiten. Wir empfehlen jedem Mitglied des Rates einen Blick hinein zu werfen. Es ist auf der Website der Stadt aufgeschaltet.*
- 3. Erfreulich, dass der Stadtrat nachzieht und seine Beschlüsse alsbald auf der Website publiziert. Das Stadthaustelegramm wird wegfallen.*
- 4. LG Bürgerrecht B8. Der LG Bürgerrecht ist ein Kranz (sic!) zu winden, unterbietet sie doch die Vorgaben in Bezug auf die Bearbeitungszeit der Gesuche um 50 %. Diverse Optimierungen im Ablauf bewirkten, dass die Bearbeitungszeit gerade noch mal 4 Monate beträgt. Der Kostendeckungsgrad von nur gerade 80 % ist ein Durchschnitt der letzten 5 Jahre – 2012/13 lag der Deckungsgrad unter 50 %. Aktuell konnten die Gebühren sogar nach unten angepasst werden, da die Kostendeckung über 100 % liegt.*
- 5. Die Kommission wurde nur summarisch über den Stand der Leistungsüberprüfung informiert. Dass es auch anders geht, zeigten die Verantwortlichen in einem anderen Geschäftsfeld, für das eine umfassende Liste mit umgesetzten und noch umzusetzenden Massnahmen abgegeben wurde. Wir bitten den Stadtrat diese Praxis doch flächendeckend anzuwenden.*
- 6. In diesem Geschäftsfeld stand keine Wirkungsprüfung an. Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Steuerung und Führung einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.*

GF Präsidiales

Für die KÖS referiert Hans **Denzler** (SVP): *Präsidiales: Durch die neue Reorganisation per 1. Januar 2015 konnten die beiden LG Öffentlichkeitsarbeit und Standortförderung klar abgegrenzt werden. Öffentlichkeitsarbeit: Die beiden Anlässe Willkommensumtrunk und Vereinspräsentation sind entkoppelt. Der Willkommensumtrunk fand am 6. Mai 2017 im Stadthaus statt, der Vereinstag am 10. Juni 2017 im Zentrum. Die Webseite der Stadt Uster ist 2016 insgesamt 490'000 Mal besucht worden. Dabei wurden 2 Millionen Aktionen ausgeführt.*

Die Kosten für Standortmarketing (u. a. Greifenseelauf) wurden der LG Standortförderung belastet und entlastet damit die LG Öffentlichkeitsarbeit.

Standortförderung: Am 1. November 2016 begann Frau Sandra Frauenfelder die Arbeit als neue Standortförderin. Basierend auf der Dualstrategie des Stadtrates und den Vorgaben des Leistungsauftrages hat die LG Standortförderung in Zusammenarbeit mit Vertretern aus WFU und GVU das „Konzept Standortförderung ab 2017“ erarbeitet. Es bildet zusammen mit dem Reglement „Standortförderungskommission der Stadt Uster“ die Grundlage für die Arbeit der LG Standortförderung. Beide Papiere wurden vom Stadtrat am 7. März 2017 genehmigt. An der gleichen Sitzung wurde auch die Standortförderungskommission gewählt.

Mit der Kennzahl K03 Anzahl Beschäftigte in Uster sind alle gemeint, also Ansässige und Auswärtige. Um herauszufinden, mit welchem Verkehrsmittel die Pendlerströme von und nach Uster unterwegs sind, ist der Vorschlag gekommen, das im Budget 2018 zu erfassen (erste Seite Steuererklärung) für die zukünftige Verkehrsplanung.

Beide Bereiche, Öffentlichkeitsarbeit und Standortförderung, sind gemäss Budget 2016 im vorgegebenen Rahmen erfüllt und eingehalten worden.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Präsidiales einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Beatrice **Mischol** (Grünliberale): *Die Besprechung der Subkommission des Geschäftsfeldes Kultur hat am 6. Juni 2017 stattgefunden.*

Schwerpunkthemen im Geschäftsfeld waren die Umnutzung des Zeughausareals und die Überprüfung der bestehenden Prozesse der Stadtbibliothek.

Das GF Kultur beantragte für das Jahr 2016 einen Globalkredit über CHF 3.608 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 3.577 Mio., also eine Kostenunterschreitung von CHF 31'000.

Auf die Frage zu nicht budgetierten Personalaufwendungen und ob Personalkosten und Personalaufwendungen das gleiche sind, wurde uns gesagt, dass diese beiden Begriffe synonym verwendet werden. Für die Abweichung verantwortlich waren hauptsächlich Einmalzulagen, welche sich aus der Lohnsumme der gesamten Abteilung ergaben.

Wie hoch der Beitrag an das Open-Air Festival H2U gewesen sei, es waren CHF 25'000. Diese Förderentscheide werden übrigens auch auf der Homepage publiziert.

Ob es Zahlen zur gesteigerten Auslastung des Familienzentrums gebe? Es gibt keine Statistik, aber es ist eine höhere Auslastung durch neue und bestehende Nutzungsgruppen festzustellen.

Zum Thema Dezentralisierung der Angebote. Welche Leistungen in welchen Quartieren erbracht worden sind? Ein typisches dezentrales Angebot ist das Spielmobil, Standorte sind z. B. im Sonnenberg, Stadtpark, Oberuster, Nänikon, Gschwader usw. Weiter zu den dezentralen Angeboten zählt die Jugendarbeit des frjz, da gibt es diverse Treffpunkte von Jugendlichen auf dem gesamten Gemeindegebiet je nach Bedarf. Auch die Nachfolgeangebote von IdeeSport sollen klar als dezentrale Angebote aufgebaut werden (Standorte nach Bedarf). Dezentralität soll jedoch nicht zum Selbstwerk werden, gerade Jugendliche können grössere Distanzen zurücklegen und sind weniger stark auf die dezentralen Strukturen angewiesen wie Kinder.

Warum Vorstösse und Projekte wie „Stay Smart“ oder „Business Idee“ für Nachhilfe der Schüler, der Jugendlichen abgenommen haben, könne man sich nicht erklären. Dass das Interesse und die Bereitschaft für Vorstösse geringer ist, könnte vielleicht eine Folge der Digitalisierung sein. Die Jugend ist im privaten digitalen Raum.

Zu den Integrationsangeboten, welche Angebote das seien? Das sind z. B. Deutschkurse, Erstinformationen, Schulvorbereitende Angebote sowie soziale Treffpunkte wie das Café International. Bei der LG Soziokultur D/4, fehlte der prozentuale Bezug bei I02. Er beträgt 51 %.

Der Kostendeckungsgrad I04 bei der LG Stadtbibliothek wurde nicht erreicht. Der Grund war, dass die damalige Bibliotheksleiterin aufgrund der neuen Gebührenordnung zu optimistisch budgetiert hatte. Der Deckungsgrad konnte gegenüber dem Vorjahr um 1.2 % erhöht werden. Im Rahmen der LÜP wurden Teilprojekte realisiert. Über alle Massnahmen gibt der Schlussbericht Auskunft. Dem Bibliotheksleiter und seinem Team ist es gelungen, Prozesse zu optimieren und Einsparungen zu realisieren, und zwar ohne Einbussen für die Kunden. Dies bestätigt das sehr positive Resultat der Nutzungsumfrage. Die Öffnungszeiten dann zu reduzieren, wenn die Kunden in den Ferien sind, ist auch in anderen Bibliotheken üblich und führte in Uster bisher zu keiner Kritik. Der Gemeinderat steuert über die Leistungsziele und Indikatoren und nicht über Kennzahlen, deshalb weniger Bücher dafür mehr Platz für Menschen und Buchpräsentationen, d. h. Treffpunkt mit Menschen und Büchern statt Bücherlager.

Beim Geschäftsfeld Kultur hat es zum Teil fehlende Erfahrungswerte, neue Indikatoren müssen immer auf Erfahrungen des vorletzten Jahres erstellt werden. Die Verwaltung hat eher den Hang zu einer pessimistischen Einschätzung.

Aufgefallen ist, dass bei K02 LG Stadtarchiv, sowohl der Ist-Bestand als auch das Budget immer genau 300 beträgt. Diese Anzahl an internen und externen Aufträgen hat sich in den letzten Jahren auf rund 300 Stück festgesetzt. Die Kennzahl wird auf der Basis einer Zählung während eines Monats hochgerechnet und vom Stadtarchivar geschätzt.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen. Die KBK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

GF Finanzen

Für die KÖS referiert Markus **Wanner** (SP): *Das Geschäftsfeld Finanzen enthält nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und der Konzessionsabgabe der Energie Uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den Steuern und zum Finanzausgleich sind in der der Jahresrechnung 2016 auf den Seiten A-4 bis A-10 detailliert dargestellt.*

Mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'087'000 wurde der Globalkredit um CHF 280'000 unterschritten. Die Verbesserung des Resultats ist hauptsächlich auf tiefere Finanzierungskosten bei langfristigen Darlehen zurückzuführen. Es ist heutzutage sehr günstig ein Darlehen zu finanzieren, Geld war noch nie so günstig wie heute, nicht vergessen darf man aber, dass es irgendwann auch zurückbezahlt werden muss.

Wirkungsprüfung: Im Rechnungsjahr 2016 wurde keine Wirkungsprüfung durchgeführt.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit und auch die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert Markus **Wanner** (SP): *Mit einem Ergebnis von CHF 5'990'000 wurde der Globalkredit um CHF 105'000 überschritten. Mehraufwände entstanden beim GF Liegenschaften und der LG Baumanagement. Diese sind detailliert begründet worden.*

In der Subkommission wurde die Frage nach der Festlegung des Höchstpreises bei möglichen Grundstückkäufen besprochen. Diese Frage tauchte auf, weil eine Wohnbaugenossenschaft einen höheren Kaufpreis bezahlt hat als die von der Stadt Uster angebotene Summe. Dazu besteht folgender Ablauf: Aufgrund einer extern in Auftrag gegebenen Schätzung und Vergleiche von erfolgten Handänderungen empfiehlt die Abteilung Finanzen einen zu verhandelnden Höchstpreis. Dieser wird dann im Stadtrat diskutiert und schliesslich festgelegt.

In der Leistungsgruppe Baumanagement bleibt der Indikator I03 „Unterhaltskosten in % der Gebäudeversicherungswerte der strategischen Gebäude“ einer der wichtigsten Indikatoren. Als allgemein anerkannter Standardwert gelten 2 % des Gebäudeversicherungswertes für den Substanzerhalt. Dieser Wert wurde mit 1.77 % zwar nicht erreicht, die Tendenz zeigt aber nach oben Richtung 2 %, das ist für die Kommission erfreulich.

Wirkungsprüfung: Für das Rechnungsjahr 2016 wurde keine Wirkungsprüfung durchgeführt. Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit und die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Liegenschaften zu genehmigen.

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert Jürg **Krauer** (FDP): *Mit Minderausgaben von 350k CHF wurde das Globalbudget im Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt leicht unterschritten. Betrachtet man die Investitionsplanung des Geschäftsfelds, kann man sich allerdings fragen, ob da schlecht budgetiert wird. 8.2 Mio CHF budgetiert, nur 4.2 Mio effektiv ausgegeben. Bei genauerer Betrachtung der Erklärungen offenbart sich dann aber das grosse Dilemma dieses Geschäftsfeldes. Die Strassen sind oft sanierungsbedürftig und die Projekte ausgearbeitet, die Umsetzung ist dann aber meist durch politische Prozesse oder Rekurse blockiert. Im Jahr 2016 waren dies insbesondere die Rekurse bei der Gschwaderstrasse oder die Aufschiebung der Realisierung Radweg Freudwil bzw. Abtretung dieses Projektes an den Kanton.*

Da davon auszugehen ist, dass die Zahl der Rekurse in Zukunft noch weiter zunehmen wird, dürfte die Strategie des Geschäftsfelds künftig sein, die einzelnen Projekte auszuarbeiten und möglichst rasch rechtlich abzusichern, so dass die Umsetzung dann konkreter geplant werden kann. Damit der Strassenbau möglichst kostengünstig wird, ist gemäss der Abteilung Bau das erklärte Ziel, dass die Realisierung der Projekte zusammen mit der Werksleitungssanierung der Energie Uster gemacht werden kann. Dies ist für beide Seiten eine „Win-Win-Situation“. Kann dies nicht gemacht werden, entstehen für beide Seiten massive Mehrkosten. Bei der Gschwaderstrasse zum Beispiel rechnet man nach heutigem Stand mit Mehrkosten bei der Stadt von ca. 100k CHF, welche aufgrund der Verzögerungen entstehen.

Bezüglich Radweg Freudwil (vergleiche Antrag 65/2016): Dieser ist jetzt beim Kanton in der Planung, allerdings will dieser zur Realisierung aktuell keine Stellung nehmen. Daher ist dieser auf das Jahr 2028 eingeplant. Sobald aber der regionale Richtplan festgesetzt ist, mit der Genehmigung wird im Frühling 2018 gerechnet, kann ein Vorziehen der Realisierung des Projekts beim Kanton angestossen werden. Insbesondere da das Projekt planerisch bereits fertig ausgearbeitet ist, rechnet man sich gute Chance aus.

Zu erwähnen sind noch die mehrfachen Grenzwertüberschreitungen bei der ARA. Diese sind offenbar durch die Annahme von Faulwasser von Fehrlortorf entstanden. Was auch immer uns da angeliefert wurde, jedenfalls hatten auch die ARA der umliegenden Gemeinden diese Probleme und die EAWAG wurde mit einem Gutachten beauftragt. Die Vorfälle dürften also einmalig sein.

Die Wirkungsprüfung der Leistungsgruppe Werterhaltung hat schliesslich ergeben, dass insbesondere der Indikator I01, mit welchem die Kundenzufriedenheit der Anlagen beurteilt wird, nicht genügend aussagekräftig ist. Speziell auch in Kombination mit dem Sauberkeitsindex. Auch aufgrund der medialen Berichterstattung in den letzten Wochen werden diese Indikatoren nun analysiert und allenfalls verfeinert.

Dem Geschäftsbericht wurde in der KPB einstimmig zugestimmt. Der Abteilung Bau danken wir für die kompetente und detaillierte Beantwortung unserer Fragen.

GF Stadtraum und Natur

Präsident Balthasar **Thalmann**: *Ich erteile Markus Ehrensperger zum dritten Mal heute das Wort.*

Für die KPB referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Sie werden mich heute nicht los, Herr Präsident. In Bezug auf die Zielerreichung verlief 2016 für das Geschäftsfeld Stadtraum und Natur in geordneten Bahnen, ohne gewichtige Ausreisser. Die wirklich grossen Geschäfte kommen ja sowieso üblicherweise in der Form von Gestaltungsplänen separat vor das Parlament. Die Geschäfte sind grundsätzlich auf Kurs, bzw. hat z.B. bei der Unteren Farb die Aktualität den NPM-Jahresbericht ja bereits überholt.*

Bei den Finanzen gab es einige notwendige Zusatzaufgaben, die schlussendlich den vorliegenden Budgetüberzug ausmachten. Bei der Investitionsrechnung kam es zu Verschiebungen aus dem letzten Jahr, da damals insbesondere Arbeiten am Riedikerbach verzögert waren. Dies begründet grösstenteils den Wert über Budget.

Das Geschäftsfeld wurde umstrukturiert und eine neue Leistungsgruppe eingeführt. Das führte zu Verschiebungen bei den Zahlen, bis 2018 sollte sich alles eingependelt haben.

Die KPB stimmte dem Jahresbericht einstimmig zu.

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert Rolf **Denzler** (SVP): *In Uster ist die Bautätigkeit weiterhin enorm hoch. Sie sehen es an den vielen Kränen. In Realisierung sind auch viele Grossprojekte. Dies hat bei den Finanzen und den Baubewilligungsverfahren Spuren und Auswirkungen hinterlassen. Ich verweise hier u. a. auf die Indikatoren und Kennzahlen Baugesuche und Verfahrensfristen. Aufgrund der vielen Bauvorhaben, insbesondere der Grossprojekte, wirkt sich der Gebührenertrag günstig auf den Globalkredit aus.*

Die Sanierung der privaten Liegenschaftsentwässerungsanlagen setzt die Stadt Uster konsequent um und die Eigentümer werden in die Pflicht genommen. Die Massnahmen werden konsequent umgesetzt.

Die LG Baubewilligung und –beratung kommt aufgrund der hohen Bautätigkeit und den vielen Bauvorhaben an die Leistungsgrenze. Es wird schwierig, die Fristen zur Prüfung der Baueingaben einzuhalten. Es zeichnet sich die Anpassung der Stellendotation ab.

Das GF gab in der Kommission zu keinen inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB hat einstimmig (9:0) den NPM-Bericht 2016 des GF Hochbau und Vermessung gutgeheissen.

GF Koordination Bildung

Für die KBK referiert Richard **Sägesser** (FDP): *Am 8. Juni 2017 hat die Subkommission, bestehend aus Anita Borer, Kathrin Agosti, Walter Meier und mir, die Vorlage mit Patricia Bernet, Präsidentin der Primarschulpflege, und Susanne Ita-Graf, Leiterin Schulverwaltung, besprochen. Insgesamt gibt es zu diesem Geschäftsfeld nur wenig zu berichten.*

Das Geschäftsfeld schliesst bei einem Budget von 2.353 Mio. Franken und einem Aufwandüberschuss von 71'000 TCHF bei 2.424 Mio. Franken. Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus der Schulverwaltung. Wie in den Vorjahren wurde die Situation in der Schulverwaltung besprochen: Tendenz positiv, stabiles Team mit guter Stimmung; die Talsohle scheint überwunden. Weiterhin eine Vakanz, daher sei die Situation weiterhin angespannt. Bei Personal und IT-Bereich seien weiterhin Springereinsätze nötig, was zu Budgetüberschreitung geführt habe.

Primarschulpflege und Schulverwaltung sind mit Organisations- und Kulturentwicklung beschäftigt, in der Zuständigkeiten und Rollen geklärt werden sollen. Für das Rechnungsjahr aber sind auf Nachfrage hierzu keine Zwischenergebnisse zu berichten.

Sonderschulungen: Einführung Standardisiertes Abklärungsverfahren brachte Mehraufwand von rund 4 Stunden pro Fall. Unsere Hoffnung, dass dieses Verfahren zu einer Reduktion der Sonderschulungsquote führen würde, wurde aber enttäuscht. Dazu mehr beim GF Primarschule.

Entlastungsaufenthalte im Bereich familienergänzende Massnahmen (Frage nach Anzahl, Dauer und Ort der Aufenthalte): 2016 bewilligte zwei Gesuche für das Entlastungsheim Sunnemätteli in Bäretswil. In beiden Fällen wurden die bewilligten Aufenthaltstage nicht voll ausgeschöpft.

Die KBK hat dem Geschäftsfeld mit 8:0 Stimmen bei einer Abwesenheit zugestimmt.

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sicherheit schliesst die Jahresrechnung 2016 mit einer Unterschreitung des bewilligten Budgets von CHF 83'000 ab.*

Fragen zur Jahresrechnung wurden den Verantwortlichen des Geschäftsfelds im Vorfeld zur Besprechung schriftlich eingereicht und vor der gemeinsamen Besprechung wurden diese Fragen bereits schriftlich beantwortet. In diesem Jahr fand keine Wirkungsprüfung statt; diese wird im nächsten Jahr wieder durchgeführt. In der KÖS und in der RPK wurde das GF einstimmig angenommen.

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert Werner **Kessler** (BPU): *Die Fragen wurden von der Abteilung Sicherheit kompetent und sachlich beantwortet.*

Leistungsgruppe Einwohnerdienste L1: Aufgefallen ist vor allem der deutlich grössere Aufwand durch die elektronische Meldung des Umzuges bei der Einwohnerkontrolle.

Dies ist vor allem darauf zurück zu führen, dass der Kanton Zürich als bisher einziger Kanton den elektronischen Umzug über ein Online-Portal anbietet.

Bis Ende 2017 wird in einem ersten Schritt der elektronische Umzug bei sämtlichen Zürcher Gemeinden auf freiwilliger Basis aufgeschaltet sein.

Die Lösung, die hier im Einsatz ist, steht als sogenannte Verbundlösung auch anderen Kantonen zur Verfügung. Sie soll zukünftig durch die Organisation E-operation Schweiz betrieben werden, die im Rahmen eines strategischen Projekts von E-Government Schweiz aufgebaut wird. Wann dereinst sämtliche schweizer Gemeinden den elektronischen Umzug einsetzen werden, ist gegenwärtig noch ungewiss, Ziel wäre Anfang 2010. Solange jedoch der Bevölkerung noch keine gesamtschweizerische Lösung angeboten werden kann, bedeutet eben dies für die dem Zürcher Pilotprojekt angeschlossenen Einwohnerkontrollen einen deutlichen Mehraufwand.

Die vollständige elektronische Abwicklung der Umzugsprozesse ist heute auch für die Einwohnerschaft im Kanton Zürich noch nicht möglich, da bei einem Umzug nach wie vor der Heimatschein bei der neuen Wohngemeinde hinterlegt werden muss. Zudem kommt es je nach Fallkonstellation regelmässig vor, dass neu Zuziehende zusätzliche Unterlagen einreichen müssen, welche durch die Mitarbeitenden der Einwohnerdienste nachträglich eingefordert werden müssen. Immer wieder führen auch unklare Angaben der Umziehenden zu Rückfragen und zusätzlichen Abklärungen, welche bei den Schaltergesprächen vermieden werden könnten. Nicht zuletzt ergeben sich auch nach wie vor sowohl auf Seiten der Gemeinden, des Kantons und der Software-Anbieter als auch bei der betroffenen Einwohnerschaft technische und Anwenderprobleme, da es sich wie erwähnt um ein Pilotprojekt handelt. Die erhoffte und erwartete Vereinfachung auf Seiten der Verwaltung wird voraussichtlich erst dann wirklich spürbar sein, wenn sich alle Zürcher Gemeinden und alle Kantone diesem elektronischen Umzugssystem angeschlossen haben.

Geschäftsfeld Finanzen L1: Weitere Erläuterungen der Abteilung Sicherheit zu den Mehrausgaben von 50% bei gleichbleibenden Stellenprozenten. Die Hauptursache für die Differenz ist bei den deutlich tiefer als erwartet ausgefallenen Gebührenträgern, aber auch bei den höheren Informatikkosten zu suchen. Der ebenfalls höher ausgefallene Personalaufwand ist darin begründet, dass der Aufwand für 20 Stellenprozente wie bereits im Rechnungsjahr 2015 bei der KST 51 100, also der Leistungsgruppe Einwohnerdienste, verbucht ist. Zudem wurde eine Ende 2015 ausgetretene, junge und ehemalige Lernende der Stadtverwaltung durch eine wesentlich ältere und erfahrene und damit auch teurere Mitarbeiterin ersetzt. Durch die Reorganisation und Integration von Info Uster in die Leistungsgruppe Einwohnerdienste wurden überdies neu zwei Teamleiter-Stellen geschaffen ohne Erhöhung des Stellenplans und per 1. Juli 2016 auch besetzt. Durch die höhere Einstufung dieser beiden Mitarbeitenden entstanden ebenfalls Mehrkosten.

Seite L6 I01: Warum diese Abweichung von 50 %? Durch konsequentes Anwenden, beziehungsweise Durchsetzen der bestehenden Weisungen bezüglich Telefonbedienung durch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, z. B. Stellvertretungsregelungen, Einrichten von Voice-Mail etc. müssen deutlich weniger Anrufe an die Fachabteilungen weitergeleitet werden. Zudem führt vermutlich auch der stetige Ausbau des städtischen Internetauftrittes zu weniger Anrufen.

Der Indikator i 01 wurde von der KÖS, beziehungsweise vom Gemeinderat mit Leistungsauftrag 2017–2020 bereits geändert mit Gültigkeit ab 2017. Neu wird die Gesamtzahl der durch info Uster abschliessend erledigten Kundenbegehren ausgewiesen, am Schalter wie telefonisch.

Gezählt wird zudem neu einmal wöchentlich jeweils an verschiedenen Tagen.

Die KÖS hat dem Geschäft einstimmig zugestimmt.

GF Recht und Vollstreckung

Für die KÖS referiert Marius **Weder** (SP): Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/1 auf den ersten Blick eine doch äusserst markante Abweichung von minus CHF 216'000 auf Minus CHF 153'000 statt den budgetierten plus CHF 63'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also CHF 153'000 eingenommen statt der budgetierten CHF 63'000 ausgegeben hat. Und hier liegt denn auch der Grund: In der Leistungsgruppe Stadtamman- und Betreibungsamt sind höhere Gebühreneinnahmen angefallen, was nebst erfolgten Leistungsüberprüfungsmassnahmen zu diesem Gewinn geführt hat. Wie bereits im Vorjahr wurde in der Leistungsgruppe Stadtamman- und Betreibungsamt der Stellenplan unterschritten, im vergangenen Jahr um 0.3 Jahresstellen, was ebenfalls zur besseren Rechnung gegenüber dem Budget beitrug. Anzumerken ist, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreibung gesetzten Forderungen stehen. Die Stadt hat also auf diesen durchaus erfreulichen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung keine relevante Einflussmöglichkeit. Sollten sich die Gebühreneinnahmen über mehrere Jahre hinweg auf diesem Niveau bewegen, wäre dem Umstand bei der Budgetierung Rechnung zu tragen. Abschliessend ist zu bemerken, dass der Friedensrichter seine Arbeit erst in der Bemessungsperiode 2015 antrat. Eine Wirkungsprüfung erscheint hier nach Ansicht der Kommission daher erst wieder im Rahmen der Rechnung 2017 sinnvoll. Die KÖS hat das GF einstimmig gutgeheissen.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert Daniel **Pellegrini** (FDP): *Der Anteil am Globalkredit für das GF Soziale Sicherheit beträgt 2016 13.5 %. Auch im Jahr 2016 ist der Nettokredit wiederum gestiegen, und zwar um 7.1 % gegenüber 2015.*

Die Überschreitung des Budgets um 1.2 Mio. Franken wurde bereits frühzeitig seitens der Abteilung Soziales gemeldet.

LG Sozialversicherung: Die höheren Pflege-Einnahmen und höheren Hotellerie- und Betreuungskosten in den Heimen sowie die höheren Spitex-Taxen im GF Pflege führten zu einem besseren Ergebnis in diesem GF, hatten aber auch direkt einen negativen Einfluss auf das GF Soziale Sicherheit. Dies erklärt auch einen Teil der erhöhten Kosten im Bereich der Ergänzungsleistungen für die Pflege. Die intensivere Betreuung sowie die erhöhte Anzahl an Betagten in den Wohnungen (Spitex) war ein weiterer Grund für den Anstieg der Kosten bei den Zusatzleistungen für Betagte. Die ausbezahlten Ergänzungsleistungen für die betreuten Menschen in ihrer eigenen Wohnung stiegen um CHF 248'575 und die ausbezahlten Krankheitskosten um CHF 56'729 gegenüber 2015.

LG FEB: Die Nettobelastung ist um 0.2 Mio. Franken oder 13.5 % gestiegen gegenüber 2015. Die Differenz ist einerseits durch die gesunkenen Elternbeiträge, andererseits durch eine höhere Auslastung (Anstieg um 5 %) weniger Vollzahler und mehr Eltern, die den Minimaltarif bezahlen, entstanden.

LG Kindes- und Erwachsenenschutz (KESB): Im Berichtsjahr wurde die Verrechnung an die Anschlussgemeinden noch nicht berücksichtigt, was zu einem um TCHF 50 tieferen Ertrag führte. Weiter hat eine «Falschbuchung» über TCHF 37 ebenfalls zu höheren Kosten geführt. Diese wurde im 2017 wieder korrigiert.

Die Wirkungsprüfung der LG Sozialversicherung hat keine Änderungen ergeben. Die Indikatoren und Kennzahlen werden als sinnvoll erachtet.

Mit einem Ergebnis von TCHF 14'638 wurde der Globalkredit um TCHF 1'219 im Geschäftsfeld Soziale Sicherheit gegenüber dem budgetierten Betrag überschritten.

Die Kommission empfiehlt den Jahresbericht 2016 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit zur Annahme.

GF Gesundheit

Für die KSG referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Die Besprechung der Subkommission Gesundheit fand am Abend des 11. Mai 2017 im Stadthaus statt. Von Seiten Verwaltung und Stadtrat waren Stadträtin Esther Rickenbacher sowie die Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard, anwesend. Die Subkommission wurde durch Jürg Gösken sowie Silvio Foiera vertreten.*

Synopsis: Das GF Gesundheit befindet sich in gutem Zustand, es gab ausser einigen Kleinigkeiten kaum fragwürdige oder erklärungsbedürftige Posten, welche vertiefter Abklärung bedürft hätten. Bezüglich Neuorganisation des ärztlichen Notfalldienstes wird nach wie vor an einer konsolidierten Lösung gearbeitet, die per 2018 operativ werden sollte.

LG Abfall und Umwelt: In dieser LG ist erfreulicherweise festzuhalten, dass einerseits die Recyclingquote leicht gesteigert werden konnte und nur 0.1 % unter dem anvisierten Ziel von min 55 % liegt. Die jährlichen Gesamtkosten zur Abfallbewirtschaftung je Einwohner sind zwar leicht gestiegen, liegen jedoch immer noch rund 8 Prozentpunkte unter den Budgetvorgaben.

Die Entsorgungsgebühren sind ebenfalls leicht gestiegen, liegen jedoch noch knapp unter der budgetierten Differenz von CHF 34 vom kantonalen Durchschnitt.

Fragen warfen die Rechnungskonti B-16: 70210003 Neue Hauptsammelstelle, 70210005 Neue Hauptsammelstelle (neu) auf. Hierbei handelt es sich um zweckgebundene Beträge, die in Zusammenhang mit der Abstimmung vom 27. November 2016 nicht einfach in neue Aufgaben überführt werden konnten.

LG Lebensmittelkontrolle: Die Lebensmittelkontrolle erbringt mit Ausnahme der Pilzkontrolle Pflichtleistungen, die von Gesetzes wegen erbracht werden müssen und lässt kaum Spielraum für Variationen. Die Diskrepanz im Kostendeckungsgrad der regionalen Tierkadaverstelle (110 % 2015 versus 85 % 2016) erklärt sich mit nicht rechtzeitig verbuchten Rechnungen, bzw. Nachzahlungen des Vorjahres, welche letztendlich den Deckungsgrad zu Lasten des Jahres 2016 negativ beeinflussten. Aufgrund der geringen Beträgen wurde jedoch auf entsprechende Rückstellungen verzichtet, was den Indikator O/4: I 05 leider willkürlich erscheinen lässt.

Zum Globalkredit: Vom genehmigten Globalkredit in Höhe von 531k CHF wurden 512k CHF ausgeschöpft. Somit verbleibt ein Restbetrag von 19kCHF innerhalb Budget, was einem Ratio von 96.4 % entspricht.

Fazit: Die Kommission beantragt dem Gemeinderat den Bericht sowie die Rechnung des Geschäftsfeldes Gesundheit zur Abnahme.

Pause von 19:45 Uhr bis 20:15 Uhr.

GF Pflege, Betreuung und Alter

Für die KSG referiert Ali **Özcan** (SP): *Die Besprechung der Subkommission Pflege/Betreuung/Alter fand am 15. Mai 2017 statt. Anwesend waren Stadträtin Esther Rickenbacher, die Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard, der Leiter der Heime, Martin Summerauer, die Leiterin der Spitex, Silvia Tavaretti, und die Mitglieder der Subkommission, Theo Zwald, Paul Stopper und Ali Özcan.*

Beiträge an externe Heime (S. P2): Die Kosten für «Beiträge an externe Heime» sind jährlich steigend, u. a. aufgrund von steigenden Pflgetarifen der einzelnen Heime (nach den Vorgaben der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürichs). Höhere Ausgaben entstehen beispielsweise auch, wenn eine Person von einer tiefen Pflegestufe in eine höhere, teurere Pflegestufe eingestuft wird.

Anzahl auswärtige Heimbewohnende: Diese Zahl (46) bezieht sich auf Personen, die in den Heimen Uster leben, aber nicht in Uster angemeldet sind (=externe Bewohnende). Diese Zahl ist konstant. Die steigenden Kosten (Beiträge an externe Heime) beziehen sich auf Personen, die in anderen Heimen als den städtischen Heimen leben, z. B. im Rosengarten, im Neuwies oder im Tertianum im Uster. Weiter gelten als externe Bewohnende auch Ustermerinnen und Ustermer, die in anderen Gemeinden in einem Pflegezentrum leben (z. B. in Pfäffikon, Hombrechtikon oder Greifensee). Die Gesamtzahl dieser externen Bewohnenden ist ziemlich konstant. Am Stichtag 31. Dezember 2016 waren dies ca. 130 «externe» Personen. Die Kosten sind trotz der komplexen Materie überschaubar.

LG Heime Uster: Im Rahmen der Altersstrategie und der bis auf 2030 ausgerichteten Angebotsplanung sind eine Reihe von Projekten gestartet oder bereits in Umsetzung. Damit stellen sich die Heime auch für die Zukunft gut auf. Die qualitative Weiterentwicklung und Spezialisierung der Pflegeangebote wird die Abdeckung des Versorgungsauftrages der Stadt Uster sichern. Einzelne Anpassungen von Bauten, Infrastruktur und Betriebskonzepten werden die Flexibilität der Nutzung zwecks rascherer Reaktionen auf Veränderungen der Nachfrage und Bedürfnisse der Bevölkerung ermöglichen. Die Heime Uster werden damit auch in Zukunft den bisherigen Rahmen der erreichten Kostendeckung einhalten können.

LG Spitex Uster: Die Spitex Uster rechnet weiter damit, der „Aufnahmepflicht“ Rechnung zu tragen. Dazu werden immer wieder Anpassungen vorgenommen (Personal, Organisation). Die Anpassungen von 2015/2016 (Personal und Teamgrößen) sollten für 2017 noch wirken. Bezüglich des aktuellen Fachkräftemangels in der Spitex wird mit modernen Mitteln effizient und effektiv am Rekrutierungsprozess gearbeitet. Zusätzlich werden die Heime und Spitex zusammen mit einer Fachperson einen „Masterplan Personal“ erarbeiten und dabei auch den Rekrutierungsablauf überprüfen, z. B. mittels Rekrutierung über „social media“ etc.

Um dem Informationsbedarf in der Bevölkerung gerecht zu werden, verfügt die Spitex über aktuelle, eigene Prospekte und Flyer.

Die städtische Homepage wird zurzeit modernisiert. Der Stadtrat hat bereits vor Jahren entschieden, dass sämtliche Abteilungen mit ihren Geschäftsfeldern und Leistungsgruppen in einem gesamtstädtischen Auftritt abgebildet werden. Die Spitex wird auch hier ihren Platz einnehmen.

LG Fachstelle Alter: Die Fachstelle Alter wird erfreulicherweise zunehmend genutzt. Die Fachstelle Alter hat in Zusammenarbeit und mit aktiver Beteiligung der Akteure die Broschüre «Nützliche Adressen für Seniorinnen und Senioren» und die «Agenda 60plus» entwickelt sowie den Informationstag «Älter werden in Uster», Vorträge zur «Demenz» und zum «Wohnen im Alter» sowie die Veranstaltungsreihe «Gesund und sicher im Alter» durchgeführt.

Die beteiligten Akteure sind sehr offen und interessiert am Austausch mit der Stadt Uster («Trägerkonferenz Alter»). 2016 wurde im Rahmen der Trägerkonferenz Alter eine Umfrage zum Stand der Freiwilligenarbeit durchgeführt. Danach sind rund 16 Organisationen mit der Unterstützung von Freiwilligen im Altersbereich tätig. Die Ergebnisse der Umfrage werden 2017 weiterverfolgt.

Globalkredit: Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit Fr. 9'154'000 ausgeschöpft, Fr.523'000 weniger als budgetiert.

Wir beantragen dem Gemeinderat den Bericht und die Rechnung 2015 des Geschäftsfeldes Soziales zur Abnahme.

GF Sport

Für die KBK referiert Barbara Keel (SVP): Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2016 mit einem Aufwand von Fr. 1.903 Mio. und somit Fr. 216'000 oder 10.2 % unter dem Globalbudget 2016 ab. Die Budgetunterschreitung ist auch dieses Jahr in der LG Bäder entstanden. Die Erträge aus dem Hallenbad fielen im Dezember 2016 höher als erwartet aus. Viele Badegäste lösten kurz nach der Neueröffnung ein Jahresabonnement. Die Ausgaben wurden daher um Fr. 161'000 unterschritten. Im GF Sport wurde das Budget leicht überschritten (Fr. 43'000) dies kommt einerseits daher, dass der Personalaufwand höher als budgetiert war (zusätzliche personelle Ressourcen zur Vorbereitung der Hallenbaderöffnung). Andererseits war die interne Verrechnung der Personalabteilung höher als erwartet (HR Kosten). In der Leistungsgruppe Sportanlagen und Sportförderung wurde das Budget um Fr. 98'000.00 unterschritten. Unter dem Strich ergibt dies eine Budgetunterschreitung für das Jahr 2016 von Fr. 216'000.00. Der Indikator I 01 (Anzahl Badegäste) zeigt, dass im Dezember 18'000 Badegäste das neue Hallenbad besuchten.

Bei der Investitionsplanung ergab es eine Budgetüberschreitung von Fr. 4.438 Millionen. Diese doch massive Abweichung ist im Wesentlichen bedingt durch das Hallenbadprojekt. Die Subventionen des Bundes wurden bereits im 2015 statt, wie ursprünglich vorgesehen, im 2016 ausbezahlt. Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission keinen Anlass für grössere Diskussionen und wurde einstimmig gutgeheissen.

4.4 Geschäftsbericht Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert Ivo Koller (BDP): Mit einem Ergebnis von CHF 10'356'000 wurde der Globalkredit um CHF 1'560'000 überschritten. Diese markante Abweichung lässt sich durch einen Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe (+ 545'), der längeren Auszahlung (gesetzlich bedingt) von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (KKBB + 600') und der erhöhten Aufnahmequote der Asylsuchenden, was Mehrausgaben beim Personal und der Unterbringung (+ 200') zur Folge hatte, erklären. Es ist festzuhalten, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung die erhöhte Aufnahmequote und die spätere Abschaffung der KKBB nicht voraussehen waren. Eine Danksagung und ausnahmsweise ein Blick in die Zukunft müssen an dieser Stelle kurz erwähnt werden:

- 1. Über 50 Freiwillige leisteten und leisten nach wie vor sehr wertvolle Arbeit und unterrichten Asylsuchende in Deutsch und stellen während dieser Zeit die Kinderbetreuung (Vorschulalter) sicher. Ein herzliches Dankeschön für dieses Engagement!*
- 2. Der Kantonsrat hat kürzlich entschieden, dass Personen mit Status F keine Sozialhilfe mehr entrichtet werden soll. Dies bedeutet, dass sämtliche Integrationsleistungen künftig durch die Gemeinden finanziert werden müssten, was einer Mehrbelastung für Uster von 300' – 400' gleich kommen würde. Dagegen wurde jedoch erfolgreich das Gemeindereferendum ergriffen, weshalb das Volk diesen kurzsichtigen Entscheid schon sehr bald korrigieren kann.*

Die KSG sowie die RPK empfehlen die Jahresrechnung 2016 für das Geschäftsfeld Sozialhilfe einstimmig zur Annahme.

4.5 Geschäftsbericht Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert Richard **Sägesser** (FDP): *Das GF Primarschule schliesst bei einem Globalkredit von rund 36,4 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von knapp 2 Mio. CHF ab. Hauptursachen hierfür sind Kostensteigerungen in den LG:*

- *Regelunterricht: + 1.254 TCHF*
- *Sonderpädagogik: + 852 TCHF*

Diese Budgetüberschreitungen waren Hauptgegenstand der Diskussion der KBK. Auch die RPK wird hierzu referieren. Ich möchte hier auf die zentralen Feststellungen der KBK eingehen.

Kostensteigerung Regelunterricht: Die Kostensteigerung im Bereich Regelunterricht ist im Umfang von Fr. 400'000 durch eine einmalige nicht budgetierte Lohnnachzahlung an die Lehrpersonen für den Anteil am 13. Monatslohn zurückzuführen. Diese wurde vom Kanton angeordnet. In diesem Umfang ist der Mehraufwand direkt durch den Kanton verursacht und klar nachvollziehbar.

Im Übrigen sind die Mehrkosten schwieriger nachzuvollziehen. Das liegt insbesondere an fehlerhaften Budgetwerten bei den Schüler und Klassenzahlen bzw. widersprüchlichen Angaben dazu in der Rechnung. Verschiedene abweichende Zahlen und Angaben:

- *Einerseits Aussage K01 und K03 (S/5): Schülerzahl und Klassenzahl IST 16 < BU 16*
- *Im Widerspruch dazu steht Erläuterung S/1, wo von einer Zunahme die Rede ist. Im LAGB wurden für BU16 gemäss PSU falscherweise die prognostischen Schülerzahlen Zahlen mit 2'800 eingesetzt.*

Ferner hat sich auf Nachfrage der KBK hin ergeben, dass der Personalbestand beim Regelunterricht und in der Sonderpädagogik entgegen den Angaben auf S/2 nicht um knapp 20, sondern lediglich um 7.7 Stellen zugenommen hat.

Bei dieser Ausgangslage ist nicht ermittelbar, welcher Anteil am Mehraufwand im Bereich Regelunterricht tatsächlich auf das Wachstum der Schülerzahlen zurückzuführen ist und welcher Anteil darüber hinaus angefallen ist. Die vorliegenden Schüler- und Klassenzahlen lassen hier eine direkte Herleitung der Kostensteigerung nicht zu. Die PSU erkannte dieses Manko und stellte in Aussicht, inskünftig gewichtete Mittelwerte für diese Angaben zu verwenden bzw. zu prüfen. Aus Sicht der KBK müssen hier rasch verlässliche, plausible und vergleichbare Zahlen verwendet werden. Die Steuerbarkeit dieses Sachbereichs für den Gemeinderat ist bei der heutigen Datenlage stark eingeschränkt.

Bei den Lohnkosten besteht laut Primarschulpflege die hauptursächliche Schwierigkeit bei der Budgetierung darin, dass Schul- und Rechnungsjahr nicht übereinstimmen. Die effektiven Lohnkosten eines Schuljahrs können gemäss PSU erst mit dem September-Lohnlauf genau festgestellt werden. Diese Kosten betreffen zu 7/12 das nachfolgende Schuljahr. Die Auswertung des Septemberlohns kann im Budgetprozess nicht mehr berücksichtigt werden.

Da die Schüler- und damit die Klassenzahlen zum Zeitpunkt der Budgetierung im Wesentlichen feststehen, vermochte diese Begründung die KBK nicht restlos zu überzeugen, jedenfalls nicht für die Abweichung im vorliegenden Umfang. Die PSU hat gegenüber der KBK in Aussicht gestellt, den Budgetprozess zu verbessern. Dies ist auch aus Sicht der KBK unerlässlich.

Sonderpädagogik: Kostensteigerung für sonderpädagogische Angebote, hier liegen die Schülerquoten mit integrativer und mit separativer Sonderschulung über Budget 2016, ebenso die Kosten pro Kind. Die KBK beobachtet diese Entwicklung mit Sorge und erkundigte sich nach den Gründen.

Die PSU weist darauf hin, dass zwischen Sonderpädagogischen Massnahmen im Regelunterricht und den besonderen „Settings“ im Bereich Sonderschulung zu differenzieren ist. Im Regelunterricht werden die Ressourcen für sonderpädagogische Massnahmen gemäss den gesetzlichen Vorgaben pauschalisiert und im Rahmen der VZE-Planung, also im Rahmen der kantonalen Vorgaben, eingesetzt.

Im Bereich Sonderschulung werden die „Settings“ individuell erarbeitet. Kosten der „Settings“ werden in erster Linie vom Behinderungsgrad der Schülerinnen und Schüler beeinflusst und sind daher - auch im ISR - nur bedingt beeinflussbar. Auch sind die Fälle/Massnahmen nicht vorhersehbar. Insofern seien die Kosten gebunden und nicht uneingeschränkt durch ein Budget begrenzt. Auch bei der Sonderpädagogik blieb aufgrund der genannten Mängel bei den Budgetwerten offen, in welchem Umfang der Anstieg auf ein nicht budgetiertes Wachstum der Schülerzahl zurückzuführen ist bzw. darüber hinaus angefallen ist.

Die KBK bzw. deren Subkommission liess sich deshalb über die Entscheidabläufe und Entscheidzuständigkeiten innerhalb der Primarschulpflege für sonderpädagogische Massnahmen informieren. Die Überprüfung des Antrags sowie die Gutsprache erfolgen durch einen Ausschuss der Primarschulpflege, die Primarschulpflege nehme dann periodisch eine gesamthafte Genehmigung vor. Zu diesem Zeitpunkt laufen die Massnahmen aber bereits. Diese Abläufe sind in Bezug auf das Budgetcontrolling von Bedeutung. Offenbar wurden die Gutsprachen bislang vorgenommen, ohne den Stand der Budgetausschöpfung zu kennen. Die Präsidentin der Primarschulpflege sicherte zu, dass das Budgetbewusstsein und -controlling gerade bei diesen Entscheiden in Zukunft verbessert werde.

Die KBK ist sich bewusst, dass sich diese Fälle und Massnahmen nicht von vornherein genau vorhersehen und budgetieren lassen. Trotzdem muss auch hier eine hohe Verlässlichkeit des Budgets sichergestellt werden können.

Auch bei Informatik erfolgten Ausgaben ausserhalb Budget: Gemäss Auskunft PSU für Beratungshonorare für Beschaffungen (+32 KCHF) und Systemadministration (+26 KCHF). Das waren offenbar nötige Ausgaben. Die Gründe, weshalb diese nicht budgetiert worden waren, blieben in der KBK offen.

Die KBK richtet in Bezug auf die Budgetierung, die Berichterstattung und das Controlling folgende Forderungen an die PSU:

- *Optimierung des Budgetprozesses mit realistischerer Aufwandabschätzung, insbesondere beim Personal (Bessere Genauigkeit Lohnkosten!)*
- *Konstante und konsistente Schüler- und Klassenzahlen als Steuergrössen*
- *Konsequentes und monatliches Budgetcontrolling und –reporting in der Primarschulpflege, insbesondere für Bereich Sonderpädagogik*
- *Besserer Informationsaustausch mit der Finanzabteilung der Stadt*

Die PSU sicherte zu, dass diese Massnahmen zum Teil bereits zusammen mit der Finanzabteilung der Stadt umgesetzt oder aber eingeleitet seien, u. a. wurde die Finanzverantwortliche der Primarschulverwaltung – vorerst für ein Jahr – der Finanzabteilung der Stadt unterstellt.

Weitere Berichtspunkte: Im Übrigen gab der Jahresbericht, abgesehen den oben gemachten Bemerkungen, kaum zu kritischen Fragen Anlass.

Einführung Berufsauftrag: Vorarbeiten zur Einführung sind im Gang. Aus den Ausführungen der Primarschulpflege geht hervor, dass man intensiv daran arbeitet, dass aber seitens der Schulleitungen und Lehrerschaft durchaus noch gewisse Vorbehalte und teils Unzufriedenheit bestehen. Auf kantonaler Ebene sind zudem gewisse Aspekte des neuen Berufsauftrags rechtlich und politisch noch nicht in trockenen Tüchern. Diese Aufgabe wird die Primarschule also noch einige Zeit beschäftigen.

Gründe für Erhöhung Kosten pro Kind in der Tagesschule: Im Schuljahr 2015/2016 wurden teils Lehrpersonen in der Betreuung eingesetzt, was 2016 zu Kostensteigerungen führte. Ab Schuljahr 2016/2017 wurde Betreuungszeit der Lehrpersonen reduziert.

Tagesstrukturen (Auslastung): 2016 lag Auslastung bei 83.7 % und damit um 3.7% über Budget. Die PSU geht hier von einem Trend aus und stellt für 2019 zusätzlich zum jährlich wiederkehrenden Kredit von 6.2 Mio. einen weiteren Kreditantrag in Aussicht.

DAZ (Deutsch als Zweitsprache): Budget nicht ausgeschöpft (Anzahl Kinder mit DAZ). Begründung PSU: Vorhersage ist auch hier nur schwer möglich. Zudem wurden Flüchtlingskinder in einer separaten Auffangklasse geschult, was zu einer Entlastung der DAZ-Stunden führt.

Die KBK hat dem Geschäftsbericht über dieses GF mit 6:2 Stimmen zugestimmt.

Für die RPK referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Primarschule weist bei der Jahresrechnung 2016 Kosten von 38.356 Mio. aus. Dies bedeutet eine Kostenüberschreitung von nahezu 2 Mio. Franken. Begründen lässt sich diese Kostenüberschreitung mit zwei grossen Posten:*

- *Bei der Leistungsgruppe Regelunterricht beträgt die Kostenüberschreitung 1,254 Mio.*
- *Bei der Sonderpädagogik beträgt die Kostenüberschreitung 0.852 Mio.*

Wir sind uns bewusst, dass es bei der Primarschule eine Schwierigkeit gab, die eine genauere Budgetierung verhinderten: Die Schulverwaltung hatte rund ½ Jahr keine Leitung und Susanne Itzgraf hatte zum Zeitpunkt der Budgetierung die Stelle erst angetreten.

Zudem kam die Vorgabe des Stadtrates, das Budget auf dem Vorjahresniveau einzufrieren. Aber offenbar hat die Primarschule formal den Wunsch des Stadtrats erfüllt, aber dafür ungenau budgetiert. Die Kostenüberschreitung bei der Sonderpädagogik ist im NPM-Jahresbericht ausreichend begründet; es sieht so aus, als wären die Abweichungen Folge von oben beschriebenen Schwierigkeiten, d. h. fehlender Sachkenntnis beim Budgetieren und der Vorgabe des Stadtrates.

Beim Regelunterricht gehen rund Fr. 400'000 auf den Entscheid des VSA (Volksschulamt) zurück, die Verschiebung der Anstellung vom 15. August auf den 1. August auszugleichen. Lehrpersonen, welche bereits vor der Umstellung des Schuljahres vom 15. August auf den 1. August in Uster angestellt waren, bekamen bei einer Kündigung oder Pensionierung den Lohn bis am 14. August, neu bekommen sie den Lohn nur noch bis zum 31. Juli.

Damit verbleiben noch rund Fr. 850'000 an Lehrerlöhnen, die zu tief budgetiert waren. Wir sind uns bewusst, dass

- *die genaue Lohnsumme für 7/12 des Folgejahres bei der Budgetierung im Juli noch nicht feststeht. Es sind aber zum Zeitpunkt der Budgetierung bereits alle Lehrpersonen angestellt oder zumindest ist bekannt, wie viele Stellenprozente noch zu besetzen wären. Das kann zu einer ungenauen Budgetierung führen. Es kann sich aber auch bei der Primarschule Uster nicht um eine Ungenauigkeit von mehr als ½ Mio. handeln.*
- *Die Lohnsumme für 5/12 des Folgejahres (August – Dezember) ist noch weniger bekannt als diejenige für Januar – Juli; aber aufgrund der vorhandenen Zahlen der Schulraumstrategie müsste die Anzahl Klassen auf +/-2 geschätzt werden können.*

Fazit: Trotz all dem aufgezeigten Verständnis für die Abweichungen weist das Budget der Primarschule für das Jahr 2016 eine Qualität auf, die der Primarschule Uster nicht würdig ist. Dazu gehören auch die falschen Berechnungen von Kennzahlen usw.

Als nicht akzeptierbar halten wir den Umstand, dass der Gemeinderat erst mit der Präsentation der Zahlen von der Budgetüberschreitung erfahren hat. Hat die Primarschule wirklich erst mit dem Jahresabschluss gemerkt, dass sie sich um zwei Mio. Franken verschätzt hat?

Auch hier – wie bei der Berechnung der Kennzahlen – wurde Besserung versprochen. Eine regelmässige Budgetkontrolle wurde offenbar eingerichtet und die Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen verbessert. Jetzt warten wir noch auf den Tatbeweis. Sollten sich solche Zustände wiederholen, müsste die RPK beantragen, eine solche Jahresrechnung nicht zu genehmigen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Anita **Borer** (SVP): *Markus Ehrensperger, unser Fraktionspräsident, hat im Eintretensreferat bereits einiges erwähnt, das ich nicht nochmals wiederholen muss. Trotzdem möchte ich betonen, dass uns die Zustände in der Primarschulpflege grosse Sorgen machen. Wenn dann die Primarschulpräsidentin sagt, dass wir mit unseren Äusserungen nur Wahlkampf machen, frage ich mich, wie ernst sie als Verantwortungsträgerin die Sache nimmt.*

Ein Budget, ein Leistungsauftrag, ist verbindlich, aber offensichtlich ist der Primarschulpflege das Ausmass ihrer Aufgaben bis jetzt nicht bewusst. Es handelt sich nämlich um einen Drittel der Steuergelder, mit denen sie – so scheint es – achtlos umgehen. Das Bewusstsein, Eigenverantwortung wahrzunehmen, ist in der Schulpflege bis dato nicht erkennbar.

Ein zusätzliches Ärgernis ist es, wenn der NPM-Jahresbericht des GF Primarschule unsorgfältig und mit falschen Zahlen versehen ist. So zum Beispiel im Bereich der Schülerzahlen. Auch nach mehrmaligem Nachhaken wissen wir nicht genau, wie viele Schülerinnen und Schüler wir per Ende 2016 hatten und welche Mehrkosten darauf begründet sind.

Die Antworten aus der Subkommission waren in dieser Hinsicht schwammig und unverständlich. Auf meine Nachfrage kam die Antwort der Primarschulpräsidentin, dass sie nachträglich nicht mehr auf meine Fragen eingehen würde.

Die aktuelle Situation in der Primarschulpflege ist aussergewöhnlich und nicht einfach zu verstehen für viele von uns Gemeinderäten. Wenn dann solche Antworten der Primarschulpräsidentin kommen, dann kommt das einer Informationsverweigerung gleich und ist für das Verhältnis zwischen Primarschulpflege und Parlament weiter abträglich.

Es entsteht der Eindruck, dass es sich um Ausflüchte handelt bzw. die Primarschulpflege auf gewisse Fragen gar nicht genau Auskunft geben will oder kann. Letztlich leidet darunter das Vertrauen in die Primarschulpflege und damit auch in die Primarschule selber.

Nebst den Personalkosten sind zusätzlich die Kosten im sonderschulischen Bereich gestiegen. Verständnis habe ich dafür, dass das neue Abklärungsverfahren etwas mehr Arbeit nach sich zieht. Dennoch hat die Primarschule einen Ermessensspielraum, den der Kanton ihr auch gibt.

Die Bildungsdirektion, die ich explizit deshalb angefragt habe, bestätigte mir nochmals, dass die Schulpflegen verantwortlich für die Steuerung sind und Gestaltungsmöglichkeiten haben, die es zu nutzen gilt. Es ist deshalb wichtig, dass die Schulpflege auch hier ernsthaft ansetzt. Es kann nicht sein, dass immer mehr Kinder Sonderschulmassnahmen erhalten und die entsprechende Quote laufend steigt.

Die Aufgabe der Schulpflege ist es nun, die Zügel an die Hand zu nehmen und Ordnung in die ganze Organisation zu bringen. Hier ist ein klares Zeichen der Gesamtschulpflege gegen aussen notwendig. Es kann und darf nicht so weitergehen.

Solange das Geld dem effektiven Schulunterricht zu Gute kommt, sind wir einverstanden. Jetzt gilt es aber, Notwendiges von Wunschträumen zu trennen, insbesondere was Projekte und Reformen angeht, die die Primarschulpflege unnötig binden. Nach wie vor wird in der Pflege viel zu operativ gewirkt.

Es ist zwingend, dass das Controlling künftig funktioniert und die Primarschulpflege umsichtig budgetiert. Leistungsaufträge und Globalbudgets sind ernst zu nehmen. Sie sind Auftrag des Parlaments und kein Wunschzettel. NPM ist scheinbar nach wie vor ein Fremdwort für die Schulpflege.

Die gesamte Primarschulpflege muss ihre Fehler einsehen und gewillt sein, sich deutlich zu verbessern. Nur so kann der Vertrauensverlust wieder rehabilitiert werden. Wie Markus Ehrensperger es schon erwähnt hat: wir möchten jetzt und somit innert Kürze eine schriftliche Zusicherung der Primarschulpflege, dass diese Erkenntnis und der Wille da sind.

Wir erwarten, dass die Primarschulpflege sofort wirksame Massnahmen ergreift und wir nicht in ein noch grösseres Debakel laufen. Die Mitglieder der SVP in der KBK werden diesem GF nicht zustimmen und sich in der Schlussabstimmung enthalten.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Das GF Primarschule hat das Budget um CHF 1,9 Mio. überschossen. Das ist nicht erfreulich und führt dem entsprechend zu Fragen.*

Blicken wir 18 Monate zurück zur Budgetdebatte 2016. Der Stadtrat erteilte die Vorgaben, die Globalbudgets um 2 % zu senken. Davon waren alle Geschäftsfelder betroffen, also auch das GF Primarschule. Wir haben damals moniert, dass solche Vorgaben unrealistisch seien, denn es gibt nun halt einmal Geschäftsfelder, bei denen aufgrund des Bevölkerungswachstums oder von exogenen Faktoren höhere Kosten vorabsehbar sind. Ja, und nun sehen wir, dass dies auch in Uster nicht möglich war. Dass das Budget überschritten wurde, hat also weniger mit einer fehlenden Kostendisziplin zu tun, sondern mit einem viel zu tiefen Budget. Übrigens, die Kosten der Primarschule sind im Vergleich mit Zürich, Winterthur oder den nächst fünf kleineren Gemeinenden bereits unterdurchschnittlich tief, nur zwei Gemeinden weisen tiefere Kosten aus. Deshalb muss der Prozess, wie es zu einem so tiefen Budget kommen konnte, genauer angeschaut werden. Da sind die beiden Exekutiv-Behörden gefordert.

Warum die Budgetüberschreitung nicht früher festgestellt wurde, wird zur Zeit von einer externen Firma untersucht. Die Verantwortlichkeiten, die Kompetenzen und die Prozesse müssen genau überprüft und allenfalls angepasst werden, allfällige Systemfehler behoben werden. Wir erwarten, dass wir im Bericht der externen Firma Antworten auf diese Fragen erhalten.

Wir wollen vorwärtsschauen. Wie kann das gegenseitige Vertrauen der beiden Behörden verbessert werden? Wie können sie sich auf ein realistisches Budget einigen? Was braucht es dazu? Welche Prozesse sind dazu erforderlich? Wie erfolgt der Einbezug der Primarschulpflege in das städtische Controlling?

Die eingeleiteten Massnahmen geben Vertrauen. Wir allen wollen das Gleiche: Eine qualitative hochstehende Bildung für unsere Kinder. Deshalb richten wir unseren Appell an beide Behörden: Unterstützt den eingeschlagenen Weg, geht aufeinander zu, und sucht gemeinsam das Beste für unsere Schule!

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Von der Budgetüberschreitung von rund 2 Mio. Franken sind 400'000 durch die Verschiebung des Schuljahresbeginns auf den 1. August und eine entsprechende Vorgabe des Kantons begründet. Walter Meier hat meine vorhin falsche Begründung richtiggestellt. Das müssen wir so akzeptieren und das steht auch ausserhalb des Einflusses der PSU.*

Im Übrigen haben wir bei der PSU aber – was die finanzielle Planung und Steuerung angeht - den Eindruck eines Blindflugs. Es zeigt sich, dass auf unklaren, unzuverlässigen oder schlicht falschen Zahlen budgetiert wurde. Aber auch die Rechnung enthält an verschiedenen Stellen Fehler, die einen Vergleich zum Budget zumindest erschweren oder gar verunmöglichen. Wie soll der Gemeinderat da steuern? Eine solche Situation ist für unsere Stadt, ganz besonders aber für ein Geschäftsfeld in der Grössenordnung der Primarschule, nicht nur unwürdig, sondern auch finanzpolitisch unzumutbar. Es geht nicht an, jetzt dem Stadtrat einen Vorwurf zu machen. Ich bin dankbar für die Ausführungen der RPK.

Dass der Personalaufwand für das Schuljahr erst mit dem Septemberlohn genau feststeht, wie es die PSU als Begründung ausführt, kann als Begründung für eine Budgetüberschreitung im vorliegenden Ausmass nicht herhalten. Zum Zeitpunkt der Budgetierung bestehen die meisten Anstellungen. Und wo diese noch nicht stehen, ist zumindest der Personalbedarf klar. Dass es noch die eine oder andere Ungenauigkeit und Unsicherheit gibt, kann sein, aber nicht im Umfang von rund 800'000 Franken! Die von der PSU angekündigte Überprüfung des Budgetprozesses tut da dringend Not. Da erwarten rasch Remedur.

Die Rechnung 2016 offenbart aber nicht nur Mängel bei den Datengrundlagen, sondern auch in der Organisation und den Prozessen innerhalb der PSU und im Verhältnis zum Stadtrat und zur Stadtverwaltung. Es darf nicht sein, dass ein solches Defizit im vollen Umfang erst nach Ablauf des Rechnungsjahrs festgestellt oder kommuniziert wird. Die eingeleiteten Massnahmen, also ein regelmässiges „Reporting“ sowie die Unterstellung der Finanzverantwortlichen der PSU unter den Leiter der Finanzabteilung sind richtige Schritte. Ein starkes „Controlling“ ist umgehend als Führungsinstrument für die gesamte Primarschulpflege und die Schulverwaltung zu etablieren. Aus unserer Sicht müssen das aber klar dauerhafte und nicht nur vorübergehende Massnahmen sein. Letztlich erwecken die im Zusammenhang mit der Rechnung festgestellten Versäumnisse Zweifel daran, ob das vom Gemeinderat verabschiedete Budget mit Leistungsauftrag von der Primarschulpflege als verbindliche Vorgabe betrachtet wird. Dass gerade im Bereich Sonderpädagogik, wo es um hohe Kosten geht, Massnahmen beschlossen werden, ohne den Stand der Budgetausschöpfung zu kennen, bekräftigen diese Zweifel. Die Erklärung aus der Schulverwaltung, diese Kosten seien gebunden, tut nichts zur Sache. Einerseits müssen auch gebundene Kosten budgetiert werden. Das Budget bildet also auch für gebundene Kosten grundsätzlich den Rahmen. Im Unterschied zu neuen, nicht im Budget enthaltenen Kosten, sind die Ausgabenkompetenzen der Primarschulpflege für gebundene, nicht budgetierte Kosten in Art. 44 GO nicht speziell geregelt. Dies kann aber nicht bedeuten, dass solche Kosten unbeschränkt ausserhalb des Budgets bewilligt werden dürfen. Auch hier muss gelten, dass nur solche Ausgaben, die sachlich und zeitlich zwingend sind, ausserhalb des Budgets bewilligt werden können. Das mag im Bereich der Sonderpädagogik vorkommen, aber nicht im Ausmass, wie das Budget hier nun überschritten worden ist.

Auch die Entscheidungsprozesse innerhalb der Primarschulpflege bei der Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen werfen Fragen auf. Dies nicht nur deshalb, weil das Budgetcontrolling bislang ungenügend war. Uns stellt sich die Frage, ob der Ausschuss der Primarschulpflege, der die sonderpädagogischen Massnahmen und die entsprechenden Ausgaben bewilligt, über die nötigen Ausgabenkompetenzen verfügt. Gemäss der Gemeindeordnung der Stadt Uster (GO) und der Geschäftsordnung der Primarschulpflege hat nur die Primarschulpflege Ausgabenkompetenzen, nicht aber ein solcher Ausschuss. Die Primarschulpflege genehmigt aber die Massnahmen nur nachträglich und periodisch, also zu einem Zeitpunkt, wo das Geld bereits ausgegeben ist. Wir fordern von der Primarschulpflege hier, die Abläufe zu prüfen und wo nötig klare Kompetenzen zu regeln. (...)

Präsident Balthasar **Thalmann**: *Ihre Redezeit ist abgelaufen.*

Richard **Sägesser** (FDP): *Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident. Die von der Primarschulpflege in Aussicht gestellten oder bereits eingeleiteten Massnahmen werden wir eng beobachten. Hier erwarten wir rasche und gründliche Korrektur. Was die pädagogische Leistung der Primarschule und aller ihrer Lehrkräfte angeht, besteht aus unserer Sicht kein Anlass zu Kritik. Hier erbringt die PSU gute Leistungen in einem herausfordernden Umfeld, die wir mit unserer deutlichen Kritik an der finanziellen Planung und Steuerung der Primarschulpflege nicht in Abrede stellen wollen. Aufgrund der Kritik werden wir aber den Jahresbericht für das GF Primarschule ablehnen.*

Jürg **Gösken** (parteilos): *An sich scheint es müssig mit Ablehnung der Rechnung, die bereits ausgegebenen Gelder der Primarschulpflege nicht absegnen zu wollen. Auch wenn die Mehrausgaben im Jahresbericht ausgewiesen sind und v.a. auf Konti Regelunterricht und Sonderpädagogik begründet liegen, so bleibt sehr zu kritisieren, dass Öffentlichkeit und Gemeinderat nicht zeitnah zu den früh erkennbaren Budgetüberschreitungen informiert wurden. Dem Gemeinderat sind dadurch Reaktionsmöglichkeiten genommen worden, um feinere Kontrollen einzufordern und ggf. Gegenmassnahmen ergreifen zu können, und zwar sowohl für das laufende Rechnungsjahr, als auch für den Start des Folgejahres.*

Ein gutes Bildungsangebot soll nicht als Freibrief herhalten, fatalistisch jede Mehrausgaben zu rechtfertigen.

Mit der Verabschiedung des Voranschlags bewilligt der Gemeinderat jeweils nicht eine Wetterprognose, für deren Nicht-Eintreffen dann niemand etwas kann, sondern das Parlament setzt mit dem Budget einen Steuerungsrahmen, dessen Einhaltung angestrebt werden soll, bzw. optimalerweise nach ökonomischem Prinzip auch unterschritten werden dürfte.

Falls Kostenfaktoren früh aus dem Ruder laufen, braucht es die Möglichkeiten im laufenden Jahr Leistungsverzichte und Kostenreduktionen in anderen Bereichen des Geschäftsfeldes aufs Tapet zu bringen und selbstverständlich die Gründe für die Mehrkosten frühzeitig analysieren zu können. Die Primarschulpflege mit ihrem grossen Anteil von rund CHF 36 Mio. am Gesamtbudget der Stadt steht hier besonders in der Verantwortung und ist dieser Verantwortung meines Erachtens ungenügend nachgekommen.

Die Zusicherungen der Pflege, dies künftig besser kommunizieren zu wollen, begrüsse ich, jedoch muss jetzt bereits über die Bücher gegangen werden und der verbindlichen Kostenkontrolle Nachdruck verliehen werden.

Selbst falls die Primarschulpflege den Voranschlag als Wetterprognose missverstehen sollte, so soll der Gemeinderat wenigstens informiert werden, wenn ein Gewitter aufzieht und nicht erst, wenn er im Regen steht.

Ich schliesse mich dem Antrag zur Ablehnung der Jahresrechnung des Geschäftsfeldes an.

Die Präsidentin der Primarschulpflege, Stadträtin Patricia **Bernet**, nimmt Stellung: *Die Primarschule Uster hat das Budget um 2 Mio. überschritten. Das ist ärgerlich und unzulänglich. Die Primarschulpflege bedauert dieses Defizit ausserordentlich und will das Thema nicht schönreden.*

Ausgangspunkt ist ein Fehlentscheid der Primarschulpflege: Die Primarschulpflege hat dem um 2 Mio. gekürzten Budget 2016 des Stadtrats zugestimmt. Denn auch die Primarschulpflege wollte einen Sparbeitrag leisten. In allen darauf folgenden Budgets fehlen nun diese 2 Mio. Die Primarschulpflege hat die Kürzung des Stadtrats um 2 Mio. akzeptiert und muss für diesen Fehlentscheid die Konsequenzen tragen und Korrekturen vornehmen. Um diese Korrekturen vornehmen zu können ist die Unterstützung und das Vertrauen von Stadtrat und Gemeinderat entscheidend.

Wir bedauern die Überschreitung und tun alles in unserer Macht stehende, um die Fehler zu korrigieren. Denn dieser erste Fehlentscheid hat weitreichende Konsequenzen und ist nur mit ernsthaftem und engagiertem Einsatz zu korrigieren.

Die Mitglieder der Schulpflege und ich haben dem Stadtrat in einer 2-stündigen Sitzung aufgezeigt, was die finanziellen Sorgen der Primarschule sind. So stellen vor allem die weitgehenden festen Kosten einen fixen Teil vom Budget dar. Der Hauptteil des Budgets sind die Löhne der Lehrpersonen (80 %). Diese sind fest an die Lohnskala des Kantons gebunden. Die Zuteilung der Anzahl Lehrer pro Schüler ist durch den Kanton genau geregelt. Wenn es mehr Schüler gibt, verändert dies die Anzahl der Lehrpersonen. Ähnlich verläuft es im Bereich der Sonderpädagogik.

Die Primarschulpflege hat sich intensiv mit der Kritik des Stadtrates und Gemeinderates auseinandergesetzt und versteht das Unverständnis und den Unmut. Zum einen geht es dabei um die Budgetüberschreitung und zum andern, dass die im NPM-Bericht ausgewiesenen Zahlen nicht mit dem Budget übereinstimmen.

Das Thema Verlässlichkeit ist für den Gemeinderat zentral. Sie – meine Damen und Herren – können Ihre Aufgaben nur wahrnehmen, wenn Sie sich darauf verlassen können, dass die Primarschule, die von Ihnen gesprochenen Kosten einhält und die Zahlen im LA/GB entsprechend auf das Budget abgestimmt und korrekt sind.

Die Primarschule beansprucht ein Drittel des Stadtbudgets. Umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat und der Stadtrat der Primarschulpflege das Vertrauen schenken können. Dafür haben wir zusammen mit dem Stadtrat sofort verschiedene Massnahmen ergriffen:

Fehler: Die Primarschulpflege hat Kürzungen in Bereichen vorgenommen, wo zu diesem Zeitpunkt nicht mehr steuerbar gewesen sind. Das geht nicht.

Massnahme: Wir haben jetzt die fachliche Kompetenz und Unterstützung in der Primarschulverwaltung.

Fehler: Die Primarschulpflege hat die Lohnkosten zu tief budgetiert, von einem zu tiefen Stundenlohn ausgegangen.

Massnahme: Hier sind die Berechnungen verfeinert und verbessert worden. Fachliche Kompetenz Primarschulverwaltung nun vorhanden.

Fehler: Die Abstimmung zwischen Budget und LA/GB ist nicht erfolgt.

Massnahme: Die Zusammenarbeit ist überprüft, angepasst und gefestigt worden.

Fehler: Kein Nachtragskredit gestellt.

Massnahme: Erfahrung hat gefehlt. Die Primarschulpflege hat einen Nachtragskredit auf der Grundlage der Hochrechnung der Abteilung Finanzen und Bildung für dieses Jahr erstellt. Bei Bedarf nutzen wir den Novemberbrief.

Fehler: Kostenkontrolle zu wenig beachtet. Auch hier hat die fachliche Unterstützung gefehlt. Nun vorhanden.

Massnahme: Die Abteilung Finanzen erstellt monatliches Controlling für alle Abteilungen. Die Primarschulverwaltung und die Primarschulpflege überprüfen die Kostenentwicklung zusätzlich vier Mal jährlich (Mai, Juli, Oktober, Dezember). Unsere verschiedenen Gremien haben ihre Kostenkontrolle zusätzlich verstärkt. Fachliche Unterstützung jetzt vorhanden.

Massnahme: Die Primarschulpflege hat fürs 2018 ein verlässliches Budget erstellt.

Massnahme: Die Mitarbeiterin Finanzen der Primarschulverwaltung für ein Jahr befristet der Abteilung Finanzen unterstellt.

Im bestehenden Betrieb der Verwaltung, der jetzt gut funktioniert – aber unter Ressourcen-Druck leidet – greifen wir nicht weiter ein. Es besteht sonst die Gefahr, neue Störungen in den Abläufen einzubauen, was zu Ausfällen im Personal und/oder Mehraufwand führen könnte. Die Schulverwaltung braucht Zeit, um die Abläufe und die Zusammenarbeit zu festigen.

Die Abteilung Finanzen hat ein externes Gutachten über die Kostenentwicklung 2015-2018 in Auftrag gegeben. Für allfällige weitere Massnahmen gilt es, diesen Bericht abzuwarten. Auf dieser Grundlage entscheiden der Stadtrat und die Primarschulpflege, ob und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wenn der Stadtrat und der Gemeinderat der Meinung sind, dass die Primarschule CHF 2 Mio. sparen soll, ist dies nur mit deutlichem Leistungsabbau machbar.

Auch wenn der Anstieg dieser Budgets grosse Sorgen bereitet, beängstigt und vielleicht auch verärgert, ist es eine Tatsache, dass Uster wächst – in der Folge auch die Schülerzahlen. Auch die Tagesstrukturen weisen weiterhin ein Wachstum aus. Wenn die Primarschule, die vom Gemeinderat geforderten Leistungen weiterhin erbringen soll, wächst das Budget zwangsläufig.

Wir versichern Ihnen, dass die Primarschulpflege mit grösster Sorgfalt und Umsicht mit den Finanzen umgegangen ist und umgehen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte nochmals kurz zusammenfassen:

- *Wir wissen, wie wir das Budget erstellen müssen, wie wir die Kostenkontrolle sicherstellen können und welche Massnahmen erforderlich sind.*
- *Wir haben heute – aufgrund guter Stellenbesetzungen – die fachliche Unterstützung auf der Primarschulverwaltung, die wir brauchen.
Wir haben die notwendigen Veränderungen angefangen und teilweise bereits umgesetzt.*
- *Alle Beteiligten in der Primarschulpflege, Schulverwaltung, im Stadtrat und in der Stadtverwaltung sind gewillt, die nötigen Verbesserungen zu erreichen. Wir sind zuversichtlich, dass das gelingt.*
- *Die Primarschulpflege dankt für das Verständnis und Ihr Wohlwollen. Wir bitten Sie, uns weiterhin Ihr Vertrauen zu schenken. Damit wir konzentriert weiterarbeiten und unsere Energie für gut funktionierende Prozesse einsetzen können.*
- *Wir arbeiten lösungsorientiert mit allen nötigen Stellen zusammen.*
- *Letztlich haben wir alle, egal ob Mitglied des Gemeinderates, des Stadtrates oder der Schulpflege, das gleiche Ziel: Wir setzen uns ein für eine qualitativ hochwertige Bildung mit einem für Uster angemessenen Bildungsangebot – für das Wohl unserer Kinder.*

Markus **Ehrensperger** (SVP): *Wie vorhin erwähnt, bitten wir um Bekanntgabe der voraussichtlichen Höhe des zu erwartenden Nachtragskredits.*

Stadtrat Cla **Famos**, Abteilungsvorsteher Finanzen: *Der Stadtrat kann erst morgen, nach entsprechender Behandlung, darüber informieren.*

Detailabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 13:20 Stimmen:

Der NPM-Jahresbericht 2016 über das GF Primarschule wird a b g e l e h n t .

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 28:0 Stimmen:

- 1. Der NPM-Jahresbericht 2016 wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Weisung 90/2017 des Stadtrates: Jahresrechnung 2016

Das Geschäft wird gemeinsam mit TOP 4, Antrag 85/2017, behandelt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 30:0 Stimmen:

- 1. Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwand von CHF 251'649'651.05 und Ertrag von CHF 252'697'788.53 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'048'137.48 ab.**
- 3. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen zeigt bei Ausgaben von CHF 49'126'492.12 und Einnahmen von CHF 2'548'803.16 Netto-Investitionen von CHF 46'577'688.96.**
- 4. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen weist bei Ausgaben von CHF 2'456'530.99 und Einnahmen von CHF 5'890'260.00 eine Nettoveränderung von CHF minus CHF 3'433'729.01 aus.**
- 5. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von CHF 334'479'234.55 aus. Das Eigenkapital steigt um den Ertragsüberschuss von CHF 1'048'137.48 auf CHF 143'819'854.99.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat.**

6 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 10. April 2017 sind beim Bezirksrat Uster bis 29. Mai 2017 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 22. Mai 2017 sind beim Bezirksrat Uster bis 7. Juli 2017 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

604/2017

Anfrage von Mary Rauber (EVP) vom 8. Juli 2017:
Standort und Weiterentwicklung Familienzentrum

605/2017

Anfrage von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 10. Juli 2017:
Geplantes Gebäude an der Schiffflände in Niederuster (Surferwiese)

Folgende Anfrage ist beantwortet worden:

597/2017

Anfrage von Claudia Wyssen (SP) vom 23. März 2017:
Städtische Polizeibussen-Strategie
(Stadtratsbeschluss vom 24. Mai 2017)

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 1. Juni 2017 erhalten:

- Konzept des Kantonsrates vom 18. Mai 2017: 100 Jahre Proporz im Kanton Zürich, öffentliche Sitzung am Freitag, 7. Juli 2017, 14:30 Uhr, Sulzer-Areal, Winterthur
- RZO Standortförderung: Jahresbericht 2016 (vergleiche GRB 14.11.2016 i/S. Antrag 78/2016)

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 2. Juni 2017 direkt von den Parlamentsdiensten des Kantonsrats erhalten:

- Einladung zur Feier „100 Jahre Proporz“, Freitag, 7. Juli 2017: Festakt um 17:30 Uhr, Halle 53, Sulzer Areal, Katharina Sulzer-Platz, Winterthur

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 23. Juni 2017 erhalten:

- Veranstaltungsreihe „Stadt und Wirtschaft im Gespräch“, Vorankündigung der Leiterin Standortförderung zum Anlass von Donnerstag, 5. Oktober 2017, 19 Uhr im Stadthaus zum Schwerpunkt „Stadtzentrum der Zukunft“

Der Ratspräsident dankt Stadtrat, Primarschulpflege und Sozialbehörde sowie der Sekundarschulpflege, allen Sachkommissionen und ihren Subkommissionen sowie der Rechnungsprüfungskommission und dem Parlamentsdienst (Ratssekretariat) für die gute Vorbereitung der heute behandelten Weisungen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 4. September 2017 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

14.7.2017

Der Präsident
Balthasar Thalmann

17.7.2017

Die Stimmzählerin und die Stimmzähler
Hans Keel

Meret Schneider i. V.

Theo Zwald